KOLONIALISMUS von Wissmann bis heute

Aufs Kreuz gelegt

Hamburger Studenten übten Vergangenheitsbewältigung. Sie legten wieder einmal die im Vorgarten der Uni an der Edmund-Siemers-Allee postierten bronzenen Ostafrikaner Dominik und Wißmann aufs Kreuz. Damit setzten sie stehenden Fußes die Forderung des Studentenparlaments auf endgültige Entfernung dieser Standbilder kaiserlich-kolonialen Glanzes in die Tat um.

Die beiden metallenen Militärs, die zugleich an die Vorgeschichte der Hamburger Uni als Kolonialinstitut erinnern, seien eine Verkörperung europäischen Herrenmenschentums und eine Beleidigung des freien Afrikaners, meinen Hamburgs Universitätsparlamentarier. Das ganze ist zugleich eine Solidaritätsaktion für andere studentische Denkmalstürzer, die wegen der gleichen Aktion im August am Mittwoch vor dem Amtsgericht antreten müssen. Davon kündet auch ein Plakat im Kaffeegang der Mensa, vor dem der kaiserliche Offizier Wißmann bis auf weiteres Posten bezogen hat.









Denkmal gestürzt



Jetzt guckt er beim Essen zu

■ Eherne Zierde für die Hamburger Uni-Mensa: Studenten schleppten gestern den kaiserlichen Kolonial-Helden Hermann von Wißmann (1853 bis 1905) vom Universitätsgebäude ab. In der Nacht zuvor hatten sie dieses Standbild und das Denkmal des Wißmann-Kollegen Hans Dominik gestürzt, nachdem das Studentenparlament offiziell die Beseitigung gefordert hatte. CDU-Hochschulexperte Horst Schröder: „Beide sind keine Leitbilder mehr für die akademische Jugend. Man sollte sie woanders hinstellen."

Rädelsführer-Dokumente 1

unmittelbar vor den Wohnhäusern ... suchen die Flammen ... was mit ihm verwandt sei.

Briefe an das Hamburger Abendblatt

Diese Zuschriften geben lediglich die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten

21.8.67

Es geht um Wissmann...

Wir bedanken uns für den sachlichen Artikel im Hamburger Abendblatt vom 9. August „Wissmann-Denkmal sollte umgestürzt werden" und möchten ergänzen: Das Wissmann-Denkmal wurde 1922 von der damaligen Dachorganisation aller kolonialen Verbände in Deutschland (Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft) auf Kosten dieses Verbandes im Garten der Uni aufgestellt.

Der Verein der Freunde des Hirschparks hat den Vorschlag gemacht, das Wissmann-Denkmal nach Blankenese zu verlegen. Die Vereinigung der ehemaligen Ostafrikaner in Hamburg, welche ja schließlich das Wissmann-Denkmal 1922 mit aufgestellt und finanziert hat, nahm auf ihrer Monatsversammlung am 12. August hierzu Stellung und fordert, daß das Denkmal im Universitätsgarten stehen bleiben soll. Dort gehört es hin, denn die Universität ist aus dem ehemaligen Kolonialinstitut hervorgegangen.

Auf der anderen Seite der Uni befindet sich das Dominik-Denkmal aus Kamerun. Beide Denkmäler bilden eine Einheit, sie stehen in unserer Vaterstadt als Ehrenmale deutscher Kolonialgeschichte, der wir uns bestimmt nicht zu schämen brauchen.



Dominik-Denkmal

Wenn die Studenten, die das Denkmal stürzen wollten, sich mit der deutschen Kolonialgeschichte sachlich befassen würden, dann würden sie feststellen, daß die deutsche Kolonialpolitik im Sinne der damaligen Zeit für die Afrikaner zum großen Segen geworden war.

Gerade Wissmann, der von Bismarck ausersehen war, dem Sklavenhandel ein Ende zu machen, kam von Afrika mit einer weißen Weste zurück, wie im Reichstag ausdrücklich festgestellt wurde. Der Araberaufstand, den Wissmann niederschlug, war entstanden, weil das Deutsche Reich in seinen Kolonialgebieten den jahrhundertealten Handel mit Sklaven (schwarzes Elfenbein) strengstens verboten hatte. Der Sklavenhandel aber war ein einträgliches Monopol von Arabern, die sich ihr Geschäft nicht verderben lassen wollten. Der Kampf gegen diese Araber, deren Führer der berüchtigte Sklavenhändler Buschiri war, war ein Kampf für die Menschenrechte der Eingeborenen.

Ostafrikaner Hamburg
gez. Walter Dachert, Hbg. 33

★

Große Empörung herrscht in Hamburg bei den Kameraden der ehemaligen Schutz- und Überseetruppen und bei großen Teilen der Bevölkerung Hamburgs über den Versuch von Mitgliedern des Sozialistischen deutschen Studentenbundes das Wissmann-Denkmal zu stürzen. Dieser Versuch erinnert an Zustände in Rotchina, wo man ohne Rücksicht alle Denkmäler, alles, was an frühere Epochen erinnerte, restlos vernichtete. Bei diesen Bilderstürmen wurden Kulturwerte ausgelöscht, die nie wieder zu ersetzen sind. Wollen wir uns so etwas für Deutschland wünschen? Den Anfängen muß man wehren!



Wissmann-Denkmal

Hamburg war ein wichtiger Umschlagplatz für die deutschen Kolonien. Deshalb steht das Wissmann-Denkmal hier am richtigen Platz. Der Angriff auf das Denkmal ist eine Beleidigung der ehemaligen Schutztruppe. Wir alten Schutztruppler erheben schärfsten Protest.

Verein ehem.
Schutz- und Überseetruppen
Hamburg
Gottlieb Auer, 1. Vorsitzender

★

Das Wissmann-Denkmal, das uns Heutigen kaum noch etwas sagt und wohl auch keinen hohen Kunstwert hat, sollte man aus dem Uni-Garten ohne Krawall fortnehmen und an einen ruhigen Platz (oder im Museum) wieder aufstellen. Dann werden sich die Gemüter nicht mehr daran erhitzen

H. Krause, Hamburg 1

★

Als alter Schutztruppler in Deutschostafrika berührt es mich besonders schmerzlich, daß ein Symbol deutscher Kolonialgeschichte auf so rüpelhafte Weise entfernt werden soll. Ich habe, als das Denkmal noch vor dem Gouvernementspalast in Daressalam stand, mit der damaligen Askari-Kapelle dort Platzkonzerte ausgeführt. Jedesmal freue ich mich, wenn ich jetzt an der Universität vorbeigehe und das Denkmal sehe.

Carl Jansen, Hbg. 13

★

Glaubt man, daß ein „still abseits" gestelltes Denkmal nicht noch viel leichter von Studenten-Rabauken „bestraft" werden könnte?

Dr. Helmut Mix, Wrestedt

KOLONIALDENKMÄLER UND KOLONIALPOLITIK

Memorandum zum "Wissmann- Prozeß", beginnend am 6. 11. 1968 in Hamburg

Am 8. August 1967 rief der SDS Hamburg dazu auf, das Denkmal des ehemaligen "Reichskomissars" für Deutsch- Ostafrika, Hermann v. Wissmann, das sich vor dem Hauptgebäude der Universität (ehemaliges Kolonialinssitut!) befindet, umzustürzen:
"HERMANN VON WISSMANN", kenntlich am gezwirbelten Bart ("es ist erreicht") und am herrischen Blick über den "eingeborenen" Schutztruppenkrieger zu seinen Füßen hinweg. Sein Werk ist die Erforschung und Eroberung "deutsch-Ostafrikas" für Kaiser und Reich. Was im "Mutterland" als "friedliche Durchdringung" und "Unterstellung unter die deutsche Schutzherrschaft" dargestellt wurde, bedeutete für die Einwohner des Landes, Araber wie Afrikaner, bestenfalls Vertreibung aus den angestammten Wohngebieten, von ihren Äckern und Weideplätzen, schlimmstenfalls Ausrottung. Das Werk der "Befriedung" wurde mit einer ähnlichen Gründlichkeit besorgt wie in den Indianerkriegen in Nordamerika oder wie heutzutage in Vietnam."(1)
Die Aktion begann am selben Tag um etwa 17 Uhr. Der Versuch, das Denkmal mit Hilfe eines Seils umzureißen, wurde durch das Eingreifen von Politischer und Schutzpolizei vereitelt. Vier SDS- Mitglieder wurden festgenommen. Das Verfahren, das gegen sie eröffnet wurde, wurde im Verlauf der Ermittlungen auf5weitere SDS- Mitglieder ausgedehnt. Da inzwischen einige der angeschuldigten Delikte verjährt sind, stehen am 6. November "nur" die SDS- Mitglieder Siefer, Schütt, Steckel, Christian und Neckermann vor Gericht.

1.)
Einheitsfront im "liberalen" Hamburg: die heilige Allianz von politischer Justiz, politischer Polizei, Schulbehörde und chauvinistischen Kolonialverbänden.

Die politische Polizei unternahm noch ein weiteres: am 8. August setzte sie sich mit den Herren Rieck, Penthien und Reusch von der Schulbehörde

in Verbindung, um den delikaten Fall zu beraten. Freilich hinderte ihre Selbstsicherheit die Behörden daran, über die Legitimität der geplanten Aktion zu beratschlagen; für sie war vielmehr die Tatsache bedenkenswert, daß sich das Wissmann- Denkmal innerhalb des Hochschulgeländes befand: "Hinsichtlich der Maßnahmen, die zur Verhinderung des Denkmalssturzes ggf. ergriffen werden sollen, wurde vereinbart, daß die drei genannten Herren der Schulbehörde zunächst einmal, falls notwendig, die Studenten, die Anstalten treffenx sollten, das Denkmal umzustürzen, in eigener Zuständigkeit aufgefordert werden, ihr Vorhaben zu unterlassen und den Platz vor dem Denkmal ggf. zu räumen.
Schutzpolizeibeamte sollen aus taktischen Gründen zunächst am Ort des Geschehens nicht in Erscheinung treten.
Sollte es den Mitarbeitern der Schulbehörde nicht gelingen, den beabsichtigten Denkmalssturz zu verhindern, so wird RD Rieck oder ein von ihm Beauftragter die Polizei offiziell um Amtshilfe bitten und auch das Hausrecht, da sich das WISSMANN- Denkmal in dem zum Universitätsbereich gehörenden Garten befindet, auf die Polizei übertragen." (3)
Solcherart vorbereitet, schritten Polizei und Schulbehörde zur Tat. Alles verlief nach Plan. Als die Demonstranten "versuchten, das Denkmal umzureißen, wurde im gleichen Moment von PHK Brunkhorst nacheinander 4 Straftäter bezeichnet, die sich besonders aktiv an dem versuchten Denkmalssturz beteiligt hatten... Alle 4 Personen wurden wegen Verdachts der schweren Sachbeschädigung vorläufig festgenommen und mit dem bereitstehenden FuStw 3o Peter der PRW 3o zugeführt." (4)
Verhöre und weitere Ermittlungen schlossen sich an. Weitere SDS- Mitglieder, die an der Aktion beteiligt gewesen waren, wurden ausfindig gemacht; um auch gegen sie die Ermittlungen aufnehmen zu können, forderte die Staatsanwaltschaft die Schulbehörde auf, gegen sie Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs zu stellen."Ich habe heute", heißt es beispielsweise in einer handschriftlichen Aktennotiz, "ORR Simon, den Justitiar der Hochschulabteilung...angerufen u. angeregt, auch gegen Neckermann, Schmidt u. Thaesler Strafantrag wegen Hausfreidensbruchs zu stellen. ORR Simon wird entsprechende Strafanträge umgehend zur Akte reichen." (5)
Simon erstattete die Anzeige am 15. Februar 1968, und wies auch gleich darauf hin, daß ihm die Ermittlung wegen Hausfriedensbruchs nicht ausreiche:
"Dieser Antrag wird vorsorglich gestellt. Die Hochschulabteilung ist der Auffassung, dass die Tatbestandsmerkmale des schweren Hausfriedensbruchs (§ 124 StGB) und des Landfriedensbruchs (§ 125 StGB) vorliegen." (6)
Demonstrieren schon die bisherigen Zitate, daß die verschiedenen beteiligten Institutionen des Staatsapparats großen Wert darauf legen, ihre nach außen aufrechterhaltene Arbeitsteilung intern zu koordinieren (die Staats-

anwaltschaft fordert die Hochschulbehörde auf, einen Strafantrag zu stellen!), geht aus den Ermittlungsakten darüberhinaus noch hervor, daß man auch nicht davor zurückscheut, die bei der Aktion anwesend gewesenen Journalisten in die Ermittlungen einzuspannen! Bei der Auswertung der in der Springerpresse veröffentlichten Aktionsfotos hatte die Staatsanwaltschaft nämlich die Chance gewittert, weitere "Täter" feststellen zu können. Sie ging folgendermaßen vor:
am 4. Januar fragte sie beim K 4 des Kriminalamts an, ob es möglich sei, "anläßlich des Denkmalssturzversuches angefertigte Lichtbildaufnahmen, evtl. durch Ankauf bei den in Betracht kommenden Berufsfotographen, zu beschaffen... Z.B. würden die Bl. 15/16 (in den Ermittlungsakten, d. Verf.) abgehefteten Bilder im Original von Interesse sein. M.W. ist bei den "Schah"- Verfahren in diesem Sinne verfahren worden..." (7)
Die politische Polizei ließ sich diesen Vorschlag nicht zweimal machen. In einem Vermerk notierte der Kriminaloberkommissar Jörs, wegen seiner fragwürdigen Ermittlungspraktiken seit dem Obi-Prozeß allen Mitgliedern der Hamburger APO in guter Erinnerung:

Hamburg, den 4.1.68

"K 43

Vermerk

Maßnahmen zur Beschaffung des in der Vfg der StA v. 3.1.67 erwähnten Bildmaterials wurden eingeleitet. Nach Eingang des Materials wird dieses dem Vorgang nachgereicht werden." (8)

Am 16. Februar hatte Jörs die von CONTI- Press, einem eng mit Springer liierten Fotografenbüro, geschossenen Aktionsfotos in der Hand. In einem neuen Vermerk notierte er, daß er zwei weitere SDS- Mitglieder identifiziert hatte:
"Die auf den Lichtbildern dargestellten erkannten Personen wurde n gekennzeichnet. Im Vorgang nicht enthalten sind bisher die ebenfalls erkannten Studenten
Arwed M i l z ...." und
Knut M e l l e n t h i n ..." (9)

In einem weiteren Vermerk, der die auf den Fotos erkennbaren Polizeibeamten betraf, wurde schließlich aufgeführt, wieviel Geld die CONTI- PRESS für ihre Spitzelarbeit bekam:
"Die für die nachgefordeten Bilder entstandene Rechnung der Fa. CONTI-PRESS über 14,4o DM ist der Akte beigefügt worden. Die StA Hamburg wird gebeten, die 14,4o DM auf eines der Konten der Fa. CONTI-PRESS zu überweisen." (10)

Soviel zu den in Hamburg üblichen Methoden des Polizei- und Justizapparats. Die Sachlichkeit, mit der sie ihre Herrschaft ausübt, ist die des Polizeistaats. Nach außen wird getreu den Prinzipien formaler "Rechtsstaatlichkeit" getrennt marschiert; intern aber wird, durch eingeschliffene Geheimhaltungsmethoden garantiert, vereint geschlagen.

Infolge der der politischen Strafjustiz eigenen Tendenz zur Abstraktion bekommt die ganze Prozedur den Anstrich des Unpolitischen. Haus- und Landfriedensordnung bewahren die Staatsbürokratie anscheinbar davor, sich zu den politischen Implikationen der Studentenaktion äußern zu müssen. Doch der Schein trügt. Wenn sie sich außerhalb der kritischen Öffentlichkeit weiß, läßt sie die Maske fallen. Sie weiß, für wen sie die Studenten zur Verantwortung zieht, und diejenigen, die ihre Interessen durch die Aktion bedroht glauben, wachen darüber, daß die Ermittlungen möglichst zügig vorankommen.

Am 11. August schrieb die Geschäftsstelle der "Ostafrikaner Hamburg" an die politische Polizei, sie beantrage "eine eingehende Untersuchung dieser politischen Aktion und eine Bestrafung der Verantwortlichen dieser Aktion sowie eine politische Durchleuchtung des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds. Es sind dieselben Leute, die bereits vor einigen Jahren eine Hetzschrift an der Universität verteilten, in der gefordert wurde, daß das Wißmann- Denkmal entfernt werden sollte." (11) Solche Forderungen sind alten "Ostafrikanern" natürlich unbegreiflich. In der Weimarer Zeit hatte es solche Probleme nicht gegeben. 1919 hatte man das von den Engländern in Daressalam erbeutete Wißman-Denkmal in Hamburg, dem Zentrum des deutschen Kolonialismus, wieder aufgestellt, und man wußte genau, warum man die Universität zum Standort auserkoren hatte:

"Du aber, deutsche Jugend, erwirb Dir wieder, was Deine Väter besaßen; was sie in Ehren erwarben, in heißer Arbeit zur neuen Heimat schufen, fähig und würdig wie ein Kolonialvolk. Fürwahr, von allen Verlusten dieses Krieges war kaum einer grausamer und ungerechter als dieser! Wir sind in Hoffnung gewiß, daß die Spanne Zeit, in der wir kein Kolonialvolk sein dürfen, nur kurz bemessen sein wird; möge diese Pause ausgenutzt werden zur zielsicheren Vorbereitung für neue koloniale Arbeit auf weiteren und womöglich noch schöneren Räumen:

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.
Noch endete die Weltgeschichte nicht!" (12)

In der Tat, man hatte sich noch einmal aufgerafft, um Weltgeschichte zu machen. Die Folgen sind bekannt. Doch reichten sie für die Hamburger "Ostafrikaner" nicht aus, daraus zu lernen. Nach wie vor sprechen sie davon, der von den deutschen Kolonialherren in Ost- und Südwestafrika praktizierte Völkermord sei ein Ruhmesblatt deutscher Geschichte: "Die Kriegstaten Wißmanns und seiner Soldaten gehören zu den ruhmvollsten in der Kolonialgeschichte aller Zeiten und Völker", schrieben die an die Hamburger politische Poliezi. (13) Und am 26. April 1968 schrieben sie an Oberstaatsanwalt Dose, sie erlaubten sich, zu dem Strafantrag gegen die Täter ~~Stürzung des Wißmann- Denkmals im Garten~~

2.1. Deutsche Kolonialpolitik in Ostafrika

Seit den siebziger Jahre spielte in Deutschland der "Kolonialenthusiasmus" eine gewichtige Rolle. Er war Reflex der sich verschärfenden gesellschaftlichen Widersprüche: seit der Wirtschaftskrise des Jahrs 1873 weitete sich der Kreis der Kolonialpropagandisten über die Handelsbourgeoisie hinaus. Im Jahr 1880 zeigte die Schwerindustrie erstmals an einer speziellen Version der Kolonialpolitik Interesse, indem sie die sogenannte Samoa- Vorlage weitgehend unterstützte. Der Übergang zum Schutzzoll und die Krise des Jahrs 1882 führte dann endlich fast die gesamte Hochfinanz in das Lager der Kolonialpolitik.
Massenbasis des "Kolonialenthusiasmus" waren jedoch von Anfang an die Mittelschichten. Während die liberale Bourgeoisie immer mehr [illegible]

der Universität", fürher Kolonial- Institut", ihr "Mitteilungsblatt Nr.44 zu übersenden, aus welcher Sie in dem Artikel

Hermann v. Wissmann

ersehen können, wer dieser v. Wissmann war und welche geschichtliche Bedeutung dieser Mann für Deutschland hat.(14)
Dose gab den Aufsatz drei Tage später an den zuständigen Staatsanwalt, Dr. Münzberg, weiter.(15) Freilich wird sich Münzberg davor hüten, sich in seinem Plädoyer der darin enthaltenen Argumente zu bedienen. Er wird wissen, daß der Kolonialismus in seiner heutigen Form anders praktiziert wird, und er wird, um dem Nachweis der historischen Kontinutität der Ausbeutung der nichtindustrialisierten Länder durch die hochindustrialisierten Metropolen zu entgehen, sich stattdessen ausschließlich an sein juristisches Instrumentarium halten, das freilich auch in der gleischen wilhelminischen Ära entstanden ist wie die Theorie und Praxis der überseeischen Kolonisation.

2. Deutsche Kolonialpolitik und Völkermord

In ~~einem Vermerk, der der Vorbereitung~~ der Anzeigeschrift gegen die Studenten Siefer, Schütt, Steckel, Christian und Neckermann ~~diente~~, heißt es, sie hätten sich "wegen versuchter Sachbeschädigung ... strafbar gemacht. Sie haben versucht, das Wißmann- Denkmal umzuwerfen und dadurch die äußere Erscheinung einer Sache derart zu verletzen, daß ihre Brauchbarkeit zu ihrem bestimmungsgemäßen Zweck beeinträchtigt wurde"(16).
Die"Brauchbarkeit" des Wißmann- Denkmals ist zweifellos die, bei den Studenten der Hamburger Universität die Erinnerung an die deutsche Kolonialgeschichte wachzuhalten; insofern geht es nicht nur um die persönliche Aktvitität Wißmanns allein, der es immerhin verstanden hat, die Schutzgebiete des "Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft" zum deutschen Protektorat Ostafrika zu machen.

der gelben Gefahr" beispielsweise könne "auch die Sozialdemokratie rassearistokratisch werden", (18) viel zur Verspießerung der deutschen Arbeiterbewegung beigetragen hat.

Nach der Gründung der "Gesellschaft für deutsche Kolonisation" machten sich Peters und seine Anhänger, meistens Glücksritter, pensionierte Subalternoffiziere, Grafen und kleinbürgerliche Intellektuelle, daran, eine ausgedehnte Finanzierungskampagne einzuleiten. Da die Industrie, die sich im vornehmeren "Deutschen Kolonialverein" zusammengeschlossen hatte, sich zunächst zurückhielt, waren sie gezwungen, die finanziellen Mittel aus ihrer eigenen sozialen Schicht zusammenzutrommeln. Deshalb verloren sie viel -wie sei meinten: kostbare- Zeit. Später machte Peters die Großbourgeoisie dafür verantwortlich, daß er das Jahr 1883, den "weltgeschichtlichen Augenblick, wo Deutschland Afrika für sich nehmen konnte", verpaßt hatte. "Der Zambesi war der natürliche Ausgangspunkt, von dem aus wir den dunklen Weltteil nach Norden und nach Süden aufrollen konnten." (19) ~~(110)~~

Nach langem Hin und Her beschloß die illustre Gesellschaft, sich der Ostküste Afrikas in einer ersten Expedition anzunehmen. ~~(110)~~ Sie war fest entschlossen, einen "deutsch- nationalen Charakter der künftigen Kolonie" ~~(111)~~ tatkräftig ~~in die Wege~~ zu präzisieren. ~~leiten~~. Am 26. September 1884 schifften sich die Teilnehmer des Unternehmens in Hamburg via Zanzibar ein. Das ganze hatte starke Züge einer überstürzten Flucht, denn die Betrugsmanöver, die sich die "Gesellschaft für deutsche Kolonisation" in der Zwischenzeit geleistet hatte, waren beträchtlich. "Nur ein klarer und schneller Expeditionserfolg konnte ein solches Vorgehen rechtfertigen", schrieb Peters später. "Ohne einen solchen durfte ich unter keinen Umständen lebend nach Deutschland zurückkehren... Vor uns lag die Rettung und möglicherweise der Sieg; hinter uns das Fiasko und elender Untergang." (21) ~~(115)~~

Auch sonst ließ der "deutsch- nationale Charakter" des Unternehmens nicht zu wünschen übrig. Daß sie überhaupt von Zanzibar aus mit gewissen Überlebenschancen in das Innere Osatfriaks aufbrechen konnten, verdankten die Konquistadoren ausschließlich der Niederlassung einer deutschen Importfirma auf Zanzibar. Im übrigen verließen sie sich auf ihre Brutalität. Ihre absolute Ignoranz wurde durch den Kiboko, die Nilpferdpeitsche, wirkungsvoll ersetzt.

Am 12. November brach die deutsche Safari von der der Insel Zanzibar gegenüberliegenden Küste aus den Marsch ins Landesinnere an. Elf Tage später schloß sie mit einem Dorfhäuptling den ersten "Protektoratsvertrag"; bis zum 17. Dezember hatte sie insgesamt 12 Kontrakte zustandegebracht. Über die Prozedur hören wir am besten Peters selbst:

"Nahten wir uns einem Kraal, wo ein Kontrakt zu machen war...hielten wir uns dichter zusammen als an anderen Tagen, und der Einzug ins Kraal geschah mit einer Art von Pomp. Waren Araber in der Nähe, von denen wir Ge-

genäntrigen erwarteten, so ließ ich unsere Leute auf gut Glück ihre Büchsen abfeuern, um die 'Canaillen' einzuschüchtern. Ich selbst hatte mir, um den Sultanen ebenbürtig zu erscheinen, eine Reihe von Fahnen mitgenommen, die ich aufziehen ließ, wo dies am Platz schien. Außerdem waren Gerüchte von meiner Macht und meinem Einfluß in Umlauf gesetzt...
Zogen wir ins Kraal ein...knüpften wir sofort ein recht kordiales Verhältnis an, indem wir den Sultan (euphemistischer Ausdruck Peters' für den Dorfhäuptlin, d. Verf.) zwischen uns auf ein Lager nahmen, von beiden Seiten unsere Arme um ihn schlängend. Wir taten dann einen Trunk guten Grogs und brachten Seine Hoheit von vorn herein in vergnüglichste Stimmung... Alsdann wurden die Ehrengeschenke ausgetauscht...Alsbald begannen dann auch die diplomatischen Verhandlungen und auf Grund derselben wurde der Kontrakt abgeschlossen.
War dies geschehen, so wurden die Fahnen...gehißt, der Vertrag im deutschen Text von Dr. Jühlke verlesen, ich hielt eine kurze Ansprache, wodurch ich die Besitzergreifung als solche vornahm, die mit einem Hoch auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser endete und drei Salven, von uns und den Dienern abgegeben, demonstrierten den Schwarzen ad oculos, was sie für den Fall einer Kontraktbrüchigkeit zu erwarten hätten." ~~(123)~~ 24)
Auf diese Weise wurde die totale Enteignung der Afrikaner zugunsten des deutschen Reichs durchgesetzt: alle Kontrakte, die Peters nach Deutschland brachte, garantierten die Übernahme sämtlicher staatlicher und privater Rechte. Die Häuptlinge, die noch völlig in urgesellschaftlichen Eigentums- und Rechtsbegriffen befangen waren, begriffen den Sinn der auf kapitalistischen Eigentumstiteln basierenden Verträge nicht. Deshalb war es möglich, daß sie sich durch ein paar"Gläser Schnaps, ein paar Husarenjacken, einige Ellen Tuch und eine Handvoll Glasperlen" ~~(126)~~ 25) totalx depossedieren ließen; und deshalb wurde die Expedition, als sie völlig erschöpft und dem Verhundern nahe an ihrem Zielpunkt in Usagara ankam, von den Afrikanern auch nicht liquidiert. Nicht einmal in Deutschland mangelte es an Spott über das Vorgehen Peters': "Haben die Herren Annektieren eine Ahnung, was rechts und links von der Karawanenstraße für Länder liegen!", schrieb der Ostafrikakenner Toeppen am 2o. Juli 1885 in der "Vossischen Zeitung".
Wie dem auch sei: das "verkürzte Erwerbungsverfahren" der Peters- Expedition wurde zum Politikum. Nach genau 37 Tagen hatten 1o ostafrikanische Häuptlinge unter ~~die~~ ihnen unverständliches Schriftstück ~~ein~~ Kreuzchen gemalt. Nach den damaligen internationalen Rechtsbräuchen bedeutete dies, daß ein etwa 14o ooo qkm großes Gebiet Ostafrikas unter deutsche Herrschaft gekommen war. Um dies zu erreichen, hatte die Expeditionsgesellschaft ganze 17ooo Mark aufgebracht. De facto bedeutete das alles natür-

lich nichts. Das wußte auch Bismarck, und er glossierte das Unternehmen später folgendermaßen:
"Was heißt Erwerbung? Ein Stück Papier mit Neger- Kreuzen darunter. Die Sicherstellung, soweit sie überhaupt erreicht, d.h. gegen europäische Rivalen, liegt erst in unserem Abkommen mit England." ~~(139)~~ 24)

2.1.2. Von der "Gesellschaft für deutsche Kolonisation" zur "Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft"

Am 23. Dezember 1884 gab der Konquistador Peters seine "Eroberung" telegraphisch nach Berlin durch: "Drei Viertel Useguha, Süd-Nguru, ganz Usagara und Südost- Ukami rechtsgültig erworben".~~(136)~~ 25) Einen Monat später ging man schon davon aus, daß man die vier ostafrikanischen Gebiete vollständig erworben habe.
Jetzt war es Sache des Reichs, die Annexion zu sanktionieren. Da zu Beginn des Jahrs die internationale Situation nicht ungünstig war (Frankreich war in einen blutigen Kolonialkrieg in Tonkin verwickelt, England war gelähmt wegen seines Konflikts mit Rußland und Afghanisatn), fackelte man nicht lange: durch Kaiserlichen Schutzbrief vom 27. Februar 1885 trat der deutsche Kaiser die Oberhoheit über die Landschaften Usagara, Nguru, Useguha und Ukami an und übertrug gleichzeitig alle staatlichen Hoheitsrechte an die GfdK. Die GfdK wurde verpflichtet, eine deutsche Gesellschaft zu bleiben und in ihrer Verbandsspitze nur Deutsche zu beschäftigen.~~(139)~~ 26) Durch diesen Schachzug hatte sich die Reichsregierung nach allem Seiten abgesichert: die weitere Expansion in Ostafrika konnte bei Bedarf als eine Privatangelegenheit der Gesellschaft hingestellt werden; gleichzeitig konnte diese je nach internationaler Situation unterstützt oder desavouiert werden.
Gleichzeitig wurde die GfdK ausgeweitet. Durch eine sehr anrüchige Transaktion wurde als Tochtergesellschaft die "Deutsch- Ostafrikanische Gesellschaft (DOAG)" gegründet; dabei hatte sich wieder einmal ein"nationales" Unternehmen als kapitalistisches entpuppt. Die Verbandsspitze benutzte die mittelständischen Einlagen, um, nicht weniger mittelständisch, in die koloniale Großbourgeoisie aufzusteigen.
Hatten Peters und Konsorten gehofft, durch den kaiserlichen Schutzbrief nunmehr der Segnungen der Hochfinanz teilhaftig zu werden, sahen sie sich freilich bald enttäuscht. Ohne Rentabilitätsnachweis und ohne weitgehende Eingriffsrechte waren von der Bourgeoisie keine Mittel locker zu machen. Deshalb waren die Konquistadoren auf die Reaktivierung ihrer Kolonialpropaganda angewiesen. Mehr denn je griff sie, da niemand ihren "wissenschaftlichen" Berichten über die Schätze Ostafrikas glauben wollte, auf Betrugsmanöver zurück: sie tätigten absurde "Landverkäufe" an interessierte "Siedler", intrigierten bei den Reichsbehörden, um die Hamburger Afrika-Unternehmen zur Teilnahme zu veranlassen, und scheuten schließlich nicht davor zu-

trotz ihrer "deutsch- nationalen" Gesinnung, englische Interessen zu mobilisieren und so Druck auf Bismarck auszuüben. ~~(162f.)~~ 27)
Schließlich wurde das Unternehmen flüssig gemacht. Nachdem einzelne Bankiers gewonnen worden waren, floß ihm eine halbe Million aus hohenzollerschem Privatvermögen zu. Peters wurde kaltgestellt, die DOAG in eine Korporation umgewandelt. Während der Chefkonquistador mit einem Salär von jährlich 15 ooo RM als "Direktor" nach Zanzibar abgeschoben wurde, machten ~~xixx~~ die mittelständischen Anteilseigner ihre Empörung in Bittschriften an den Kaiser geltend. Einer von ihnen, unfähig, die kapitalistische Transaktion zu durchschauen, verschaffte sich mit antisemitischen Tiraden Luft: "Allein der mächtige böse Feind, die Juden, ruhten nicht, selbst diesem herrlichen hoffnungsreichen deutschen Siedeleiwerke, dem so viele treue Deutsche und auch ich, freudig ihre Habe liehen, auf alle Weise dem Untergange zuzuführen." ~~(175)~~ 25)

21.3. Die deutsche Kolonialpolitik in Ostafrika 1885 – 1888

Seit der Gründung der DOAG ging der deutsche Kolonialismus auf zwei Ebenen an die Durchsetzung seiner Interessen in Ostafrika: im Sultanat Zanzibar, das seit etwa einem Jahrzehnt völlig unter britischem Einfluß war, wurde ein Generalkonsulat eingerichtet mit dem Ziel, zusammen mit England zu einem Kondominium über die arabische Feudalherrschaft auf Zanzibar zu kommen; gleichzeitig versuchte die DOAG, auf dem afrikanischen Festland ihr Schutzgebiet auszubauen und die feudale Kooperation zwischen den Arabern auf Zanzibar und der aristokratischen Führungsschicht der Swaheli in Ostafrika aufzulösen.

Vor der deutschen Eroberung lag die politische Herrschaft in Ostafrika bei den an der Küste und auf den zahlreichen vorgelagerten Inseln ansässigen Arabern und den mit ihnen verbündeten Dorfhäuptlingen der afrikanischen Küstenvölker. Darüberhinaus war es den Arabern gelungen, durch eine raffinierte Politik des divide et impera ihren Einfluß bis zu den Bantustämmen im Innern gegenüber den rivalisierenden zentralafrikanischen Seen auszubauen; sie trieben einen ausgedehnten Handel mit Sklaven, Elfenbein und mit europäischen und indischen Stoff- und Metallwaren. Insofern zielten sie nicht auf koloniale Eroberung und Unterwerfung, sondern waren lediglich darauf bedacht, ihre Handelswege durch ein weit verzweigtes Netz von Stützpunkten und Niederlassungen zu sichern.

Das komplexe, feudal strukturierte Handelssystem wurde noch durch die Tatsache differenziert, daß eine indische Kaufmannsschicht im Verlauf des 19. Jahrhunderts die arabisch- swahilische Skalvenhalteraristokratie der Küstenzone weitgehend ökonomisch ausgeschaltet hatte. Hinzu kommt, daß die feudale Herrschaftsstruktur des Zentrums der arabischen Herrschaft auf der Insel Zanzibar durch den britischen Imperialismus all-

mählich modifiziert worden war. Der Sultan von Zanzibar, ehemals primus inter pares innerhalb seiner Klasse, war zu einem absoluten Despoten geworden, der sich auf ein stehendes, von einem britischen Offizier kommandiertes Heer stützen konnte.
Dies war in groben Zügen die politisch- ökonomische Situation, als das kaiserliche Deutschland sich entschloß, seine Aufmerksamkeit auf dieses, unter den kolonialen Großmächten noch nicht aufgeteilte, afrikanische Territorium zu lenken. Dazu konnte es sich eines außerordentlich effektiven demagogischen Elements bedienen: es konnte seine "Mission" mit dem Ziel begründen, den Sklavenhandel abschaffen zu wollen. Freilich ist der Sklavenhandel nur eine Sekundärerscheinung der Sklaverei; insgeheim war man sich einig, daß die Sklaverei in den ersten Jahren der Kolonialherrschaft aufrechterhalten werden müsse. Erst wenn die Transformation moderner staatlicher Despotie in das okkupierte Gebiet gelungen war, schien es möglich, zu der effektiveren Prozedur des durchorganisierten Arbeitszwangs überzugehen. Dies erkannte Hilferding sehr deutlich, indem er schrieb:"Die Sklaverei wird aufs neue ein ökonomisches Ideal und damit zugleich jener Geist der Bestialität, der sich aus den Kolonien auf die Träger der Kolonialinteressen der Heimat überträgt und hier seine widerlichen Orgien feiert."(29) Oder mit den Worten der DOAG:
"Um den Neger frei zu machen, muß man ihn naturgemäß seinem eingeborenen Herrn abkaufen. Damit er nicht in tierische Untätigkeit versinkt, muß man ihn eine Reihe von Jahren durch ein gewisses Hörigkeitsverhältnis zur Arbeit zwingen, bis er gelernt und eingesehen hat, welche materiellen und moralischen Vorteile darin für ihn liegen."(30)

2.1.3.1. Deutsche "Außenpolitik" auf Zanzibar (I)

Seit der "Samoa- Vorlage" im Jahr 1880 hielt es die deutsche Reichsregierung, der mit dem Übergang zur Schutzzollpolitik eine aktive Rolle bei der Eroberung neuer Absatzmärkte für die deutsche Industrie zugefallen war, für angebracht, ihren Einfluß auf Zanzibar- Ostafrika zu verstärken. Sie gab dem Verlangen der alten hanseatischer Unternehmer nach, auf Zanzibar ein Berufskonsulat einzurichten. "Bei den Verhältnissen wie den vorliegenden", schrieb das Auswärtige Amt,"ist es von größtem Werte, zuerst mit am Platze zu sein. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Erwartungen, die man an einen Handelsverkehr mit dem Inneren des afrikanischen Kontinents knüpft, nicht vielleicht übertrieben sind, es mag auch längere Zeit, als man jetzt glaubt, vergehen, bevor die Wege gebahnt... sein werden... Daran ist kaum zu zweifeln, daß sein Anteil (gemeint ist der Anteil des Zanzibarhandels mit dem Innern, d.Verf.) ein erheblicher sein muß. Bei dieser Sachlage erscheitn es von Wichtigkeit, daß Deutschland möglichst früh auf dem Felde erscheint, um nicht England und den anderen konkurrie-

renden Mächten den Markt allein zu überlassen." (195) 31)
Gleichwohl wurde das Vorhaben vier Jahre lang beraten und somit de facto verschleppt. Erst im Sommer 1884, kurz vor der Expedition der DfdK, wurde der Afrikareisende Rohlfs beauftragt, sich auf seine Verwendung in Zanzibar vorzubereiten. Die Instruktionen, die Rohlfs von Bismarck erhielt, waren unpräzis und vage formuliert. Klar war lediglich, daß er einen neuen Handelsvertrag abschließen und freien Transit für deutsche Waren ins Landesinnere verlangen sollte. (198) 32)
Anfang 1885 kam Rohlfs in Zanzibar an. Hatte er gehofft, der Sultan sei gern bereit, sich mit den Deutschen auf Kosten der Engländer zu arrangieren, sah er sich bald eines besseren belehrt: "Der Einfluß der Deutschen", schrieb er, "war bis jetzt gleich Null... Der Sultan hat noch niemals einen deutschen Vertreter um Rat gefragt, während er absolut nichts tut ohne Wissen des britischen Generalkonsuls." (204) 33)
Deshalb schlug der frischgebackene Konsul vor, die gleiche Politik in die Wege zu leiten, die die Engländer in Zanzibar seit 4o Jahren angewandt hatten, um sich gegenüber den Arabern durchzusetzen: die brutale Pression. Zunächst sollten deutsche Kriegsschiffe in Ostafrika stationiert werden. Sodann solle man sich nach englischem Vorbild in den Sklavenhandel einmischen; dies würde Deutschlands Prestige entsprechend heben. Gleichzeitig biete sich eine günstige Gelegenheit, um in Ostafrika ein deutsches Missionsnetz aufzubauen. Käme es irgendwann zu "unfreundlichen Akten" des Sultans, sei es ratsam, ihn, wenn nötig unter Gewaltanwendung, den deutschen Interessen gefügig zu machen. (202) 34)
Bismarck pfiff Rohlfs, der inwzischen in einer teutonischen Proklamation erklärt hatte, der "allmächtige Kaiser von Deutschland, Wilhelm I., wird von jetzt an jeden Verbrecher gegen die Person und das Eigentum seiner deutschen Untertanen auf das Schärfste verfolgen, falls sein Freund Said Bargasch (der Sultan von Zanzibar, d.Verf.) nicht im Stande sein sollte, denselben selbst zu bestrafen", (202) 35) zunächst zurück.
Es war klar geworden, daß der Sultan von Zanzibar keinen Grund hatte, sich mit den Deutschen zuarrangieren. Der Kapitän des Kreuzers "Gneisenau, der Rohlfs nach Zanzibar gebracht hatte, schrieb an die Admiralität, man werde "vom Sultan von Zanzibar nur das erreichen, was die politische Notwendigkeit England zwingt, uns zuzugestehen." (203) 36)
Durch die inzwischen veröffentlichte deutsche Protektoratserklärung für Ostafrika wurde der Sultan in seiner ablehnenden Position nur bestärkt. Als er davon hörte, präformulierte er die weitere Entwicklung des "Konflikts: die Deutschen, erklärte er, "werden nun auch Türen und Fenster haben wollen." (204) 37)
Tatsächlich waren die deutschen "Erwerbungen" ziemlich wertlos, solange es nicht gelang, einen Zugang zur Küste dem arabischen Sultanat abzupres-

sen. Folglich wurden Peters und die Lobby der DOAG in den nächsten Monaten entprechend aktiv. Für sie war es von vornherein klar, daß es mit dem Sultanat keinen status quo geben durfte: "Tatsächlich liegt die Sache auch so, daß entweder unsere Bestrebungen glücken, und dann ist der Sultan von Zanzibar im wesentlichen ruiniert, oder er bringt es fertig, uns zu ruinieren. Die Interessen stehen sich diametral gegenüber und ein modus vivendi wäre stets nur provisorischer Art...So wird es darauf ankommen, den Sultan zur Nachgiebigkeit zu zwingen."(~~206~~) 38)
Damit waren die Weichen im wesentlichen gestellt. Die bismarcksche Diplomatie leitete ihre "Konfrontationspolitik" in der für sie üblichen Umsicht ein: sie versicherte sich einer offiziellen englischen Konzession, wonach die britische Regierung gegen deutsche Kolonien westlich des Sultanats Zanzibar keine Bedenken erhob. (~~206~~) 39) Sodann nahm sie ein Protesttelegramm des Sultans an den deutschen Kaiser vom 27. April, in welchem sich Said Bargasch zum Eigentümer der vier deutschen Schutzbriefgebiete aufzuwerfen erdreistete, zum Vorwand, um eine "Krise" auszulösen. Seine Majestät und damit ganz Deutschland waren beleidigt, daß der Sultan, "ein eingeborener Häuptling", sich "in impertinenter Sprache direkt an unseren allerhöchsten Hernn gewandt hat." (~~206 u.~~) 40) Dahinter könne nur eine "englische Instigation" stehen. "Der Vorgang, daß ein eingeborener Häuptling in gutem Englisch grobe Briefe an den Kaiser, unsern Herrn, schreibt, hat sich in Zanzibar genau so wiederholt wie in Samoa." (~~207~~) 41)
An "gerechter Empörung" fehlte es also nicht. Ein Agent der DOAG, Graf Pfeil, half ihr noch mit einer bewußten Falschmeldung nach: er berichtete Rohlfs, Sultanstruppen seien in Usagara eingerückt. (~~207~~) 42)
Pfeil konnte sich wenige Tage später von der Unrichtigkeit seiner Behauptung überzeugen. Natürlich dachte er nicht daran, in den nächsten Monaten seinen "Irrtum" zu korrigieren: er diente als Hauptmotiv für die jetzt in Gang kommende Aktion gegen Zanzibar, "die die DOAG erst richtig in den Sattel setzte." (~~207~~) 43)
Die militärischen Operationen wurden freilich schon vor dem Eintreffen dieser "alarmierenden Nachricht" in Gang gesetzt. Im Mai 1889 wurden Pläne für eine Landung auf Zanzibar und die Gefangennahme des Sultans vorbereitet. "Die Marinegutachten besagten, ein Bombardement der Stadt und eine Blockade der Insel Zanzibar verspreche vom militärischen Standpunkt aus keinen entscheidenden Erfolg: dazu sei die Besetzung der Insel notwendig." (~~208~~) 44)
Freilich war die Reichsführung nicht bereit, sich diesen von Peters, der DOAG und den Militärs vorgebrachten Vorschlägen zur Radikalkur zu unterwerfen. Sie trugen die Gefahr in sich, daß "der Weg der Verständigung mit England und Frankreich...dadurch ungangbar werden" könnte. "Die Gesellschaft(gemeint ist die DOAG, d. Verf.) mag nehmen, was sie ohne unsere

Ermunterung und Einmischung zu nehmen sich getraut, wir werden dann später sehen, was wir amtlich decken können." (~~239~~ 45) Im übrigen sei es nötig, daß die Aktivität Peters in Zanzibar und Ostafrika durch die Hamburger Exportunternehmer überprüft werde.
So wurde aus Angst vor einer ernsten Komplikation mit dem britischen Konkurrenten der jetzt anlaufenden militärischen "Demonstration" enge Grenzen gesetzt. Offiziell wurde gefordert, die deutsche "Schutzherrschaft" in den vier annektierten ostafrikanischen Gebieten zu sichern und eine sofortige Sanktionierung dieses Zustands durch den Sultan zu erzwingen. Worum es im weiteren ging, kann nur der geheimen Instruktion Bismarcks an den Leiter der Aktion, Admiral Knorr, entnommen werden: er habe "...die militärische Aktion auf das geringste Maß von Blutvergießen zu beschränken und weniger den Sultan und seine Insel anzugreifen, vielmehr uns tatsächlich in den Besitz eines festländischen Hafens zu setzen, der für unser Schutzgebiet der nützlichste ist, und den wir okkupieren und festhalten, z.B. Bagamoyo." (~~239~~ 46) Im übrigen schloß Bismarck Terroraktionen in keiner Weise aus. (~~A~~ 47). Nur war es wichtig, daß er durch die Aktion in seiner Beweglichkeit nicht eingeschränkt wurde; gegebenenfalls würde er den Admiral gegenüber den Engländern stützten oder desavouieren. Auf diese Weise blieb die "Zanzibarkrise" lokalisiert. Der deutschen "Mäßigung", die zeigt, daß der Propagandisten der "Weltgeltung" sich noch nicht vollständig durchzusetzen vermocht hatten, stand die "Kompromißbereitschaft" des englischen Imperialismus gegenüber: man einigte sich, die Grenzen des Sultanats gemeinsam "festzulegen". Rohlfs, der jetzt offensichtlich die Partei der DOAG ergriffen hatte, wurde abberufen.
Am 6. August 1885 lief ein deutsches Geschawder im Hafen von Zanzibar ein. (~~244~~ 45) der neue deutsche Generalkonsul, Travers, hatte alle Hände voll zu tun, um die "Kampflust" des Geschwaders im Zaum zu halten; der Chef der Admiralität, Caprivi, brannte darauf, den hohen Ausbildungsstand der deutschen Marine unter Beweis zu stellen. (~~244~~) Es kam zum"Ultimatum", und Said Bargasch gab auf englisches Drängen nach. (~~245~~) 49)
Bald stellte sich heraus, daß der Kommodore des deutschen Geschwaders mit seiner auf 24 Stunden befristeten ultimativen Forderung nach der Anerkennung der deutschen Schutzgebiete zu forsch vorgegangen war: statt eine längere Frist zu setzen und Bagamoyo in der Zwischnezeit als "Pfandhafen" einzunehmen, hatte er seine Flotille im Hafen auf Kiellinie gehen und ihre Kanonen auf die Residenz des Sultans richten lassen. (~~245~~ 50) Genausowenig war es im Eifer des Demonstrationsmanövers gelungen, den freien Transit der deutschen Waren nach Innerafrika durchzusetzen; damit hatte der Regiefehler der "schneidigen" deutschen Kriegsmaschine es auch unmöglich gemacht, den indisch- arabischen Binnenhanel niederzukonkurrieren. Die"pénétration pacifique", vom französischen und briti-

schen Imperialismus so meisterhaft beherrscht, war aus diesen beiden Gründen für als Instrument deutscher Kolonialpolitik in Ostafrika in Zukunft ausgeschlossen.
Die deutsche Diplomatie war deshalb wegen ihres engen Handlungsspielraums gezwungen, ihre durch die Kriegsmarine verpatzten annexionistischen Ziele wieder fallen zu lassen. Es kam zu einem deutsch- englischen Arramgement, wonach die Einnahmen des Sultans nicht verringert werden durften; dies kam einem Verzicht auf freien deutschen Warentransit gleich. Hinzu kam ein neuer Zolltarif. Der DOAG wurde zugestanden, daß sie die für eine agrarwirtschaftliche Industrialisierung und den Ausbau der Infrastruktur benötigten Importe zollfrei tätigen durfte. (247) Auch ein Hafen wurde der DOAG zur Mitbenutzung zugestanden(Dar-es-Salam). Da er aber nicht aus dem Sultanat und damit aus der arabischen Zollhoheit ausschied, war er für die deutsche Kolonialpolitik zunächst ohne Interesse. (248)

2.1.3.2. Die DOAG in Ostafrika

Mit der im Jahr 1885 gegenüber dem Sultan von Zanzibar und den Engländern exekutierten Politik der kalkulierten Erpressung war ein Zustand erreicht, der zwar die deutschen Protektoratsansprüche garantierte, aber gleichzeitig alle Elemente vermissen ließ, der eine effektive, auf die ökonomische Exploitation zugunsten der deutschen Volkswirtschaft ausgerichtete Kolonialpolitik weitgehend unmöglich machte. Zwar hätte die DOAG aufgrund des Londoner Abkommens mit einer Pflanzungs- und Plantagenwirtschaft beginnen können; eine umfassende koloniale Landwirtschaft widersprach jedoch den ökonomischen Zielen der deutschen Junkerbourgeoisie. Insofern ist Fritz Ferdinand Müller zuzustimmen, der folgert, daß der Fehlschlag des deutschen fait accompli im Jahr 1885 gegenüber dem Sultan von Zanzibar eine "friedliche" Durchdringung Ostafrikas unmöglich machte. Hinzu kommt, daß die Kapitaldecke der DOAG trotz aller Propaganda nicht dick genug war, um eine intensive"Kolonisation"zu finanzieren. Das alles hatte verheerende Konsequenzen. Die indisch- arabischen Handels- und Zollprivilegien konnten nicht niederkonkurriert werden, weil die bisherigen Verträge keinen Eingriff in die Handelswirtschaft des Sultanats zuließen. Der "Handstreich", der dies ermöglicht hätte, nämlich die Okkupation einer Hafenstadt, konnte aber vorläufig von der deutschen Diplomatie nicht gedeckt werden.
Wie sich bald zeigte, wurde die daraus resultierende kolonialistische "Impotenz" der DOAG durch eine umso maßlosere Expansionsphantasie wettgemacht. Peters gab die Parole aus, nach der sich in den nächsten Jahren die Agenten der DOAG und ihr ganzer chauvinistischer Anhang in Deutschland richteten: "Afrika deutsch von der Zanzibarküste bis zu den Seen;

vom Nil bis zum Limpopo!", war fortan die Parole. 52)
Dahinter stand die Auffassung, solange eine produktive Aus beutung der Kolonie nicht möglich sei, müsse man sie ausgehend von den "Hoheitsrechten" finanziell nutzbar machen. Da gleichzeitig Zolltribute im arabischen Wirtschaftsbereich nicht möglich waren, wurde auf die Expansion um jeden Preis gesetzt. Die innerafrikanischen Karawanenwege sollten -nach staatlicher Anerkennung der dafür nötigen neuen Annexionen- durch Militärstationen unter den Einfluß der DOAG gebracht werden. Das System der Transportzölle schien geeignet, die arabischen Prärogativen nach und nach einzuschnüren. Das ganze war nichts anderes als eine unter deutscher Flagge durchgeführte Wegelagerei. Die "Freisinnige Zeitung" kommentierte das Projekt folgendermaßen: "Wenn man die Sache bei Lichte betrachtet, so läuft das Unternehmen darauf hinaus, diejenige Wegelagerei, welche ein heraßgekommener Adel in Deutschland betrieb, nunmehr in Ostafrika auf den Kaufmannsstraßen wiederaufleben zu machen. Um diese Wegelagerei auf Aktien zu betreiben, wird ein Kapital von fünf Millionen Mark gesucht." (~~221~~) 53)
In der Tat war das ostafrikanische Großprojekt der DOAG absurd und brutal zugleich. Der "deutsch- nationale" Großmachtanspruch zielte infolge seiner vorläufigen noch mangelhaften Liquidität auf nichts anderes, als den vorgefundenen Feudalismus durch eigene Aktionen zu maximieren und ihn sozusagen mit seinen eigenen Mitteln zu schlagen. Die DOAG propagierte den Primat der "reinen Expansion". "Die Aufgaben, welche die DOAG im Jahre 1886 zu lösen hatte", hieß es in einer entsprechenden Erklärung, "sind wesentlich verschieden von denen, welche der Gesellschaftsleitung Im Jahre 1885 vorlagen. Kam es damals darauf an, die Hand auf so viele Gebiete zu legen, als zu fassen war, um uns unliebsame Konkurrenzbestrebungen vom Hals zu schaffen, so ist die Hauptaufgabe heute, uns häuslich einzurichten in unseren Beziehungen, aus den erlangten Rechten reale Besitzverhältnisse zu gestalten. Wie es demnach im Jahre 1885 nötig war, eine besitzergreifende Expedition nach der anderen hinauszuschicken, so kommt es im Jahre 1886 darauf an, soviel Stationen als möglich an den beherrschenden Punkten zunächst der Zentrallandschaften anzulegen, um Handhaben zu gewinnen, mit Nachdruck in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Ostafrikas im deutschen Interesse einzugreifen." (~~222~~) 54)
Um Verwicklungen mit England zu vermeiden, machte freilich Bismarck diese wahrhaft "zivilisatorische" Wendung nicht mit. Andererseits fehlte es an den objektiven Voraussetzungen, die deutsches Kapital zur Stimulation einer "normalen" Kolonialpolitik hätten bringen können: bis 1889 wurden in Ostafrika so gut wie keine Handelsfaktoreien, Plantagen,

Bergwerke oder gar Eisenbahnen und Häfen angelegt. Gleichwohl begannen die deutschen"Kolonisatoren" mit ihrem Schreckensregiment. Die Desperados, Glücksritter und gescheiterten Offiziere bildeten Legion. Die Eroberungsexpeditionen rissen nicht ab. (55) **Die propagierten "Niederlassungen" erreichten noch nicht einmal ein Dutzend.**
Da gleichzeitig die Autorität des arabischen Sultans untergraben wurde, versank das Landesinnere erst recht in Anarshie. Bis 1888, als die DOAG versuchte, sich endgültig die Zollkompetenzen des arabischen Sultans anzueignen, war es ihr"völlig gleichgültig, welche Zustände in ihrer Kolonie herrschten, solange ihr nur niemand den völker- und privatrechtlichen Anspruch auf das Land bestritt."(56) Da sie somit überhaupt keine koloniale Ausbeutungspraxis betrieb, blieb sie seitens der ansässigen Afrikaner völlig unbehelligt. Sobald einzelne Konquistadoren sich übergriffe erlaubten, wurden sie boykottiert und waren gezwungen, ihre ärmlichen Niderlassungen aufzugeben.
Nicht zuletzt die deutsche Exportindustrie wurde durch ihre zivilisations begeisterten Eroberer geschädigt." Gott behüte uns vor unseren Freunden", schrieb die durchaus prokolonialistische eingestellte Zeitschrift "Export". "An verkommenen, verbummelten Elementen, welche ihren Beruf verfehlt haben, haben wir in Deutschland keinen Mangel. Angehörige der nobility wie der gentry, welche Schiffbruch gelitten haben,...,haben bereits angefangen, das kolonialpolitische Gebiet unsicher zu machen und scheinen es als ihre Domäne reklamieren zu wollen...Wer mit der kolonialen Bewegung in Deutschland auch nur einigermaßen vertraut ist, der weiß, welche Legion solcher Elemente sich heißhungrig an die koloniale Mahlzeit herangedrängt hat, noch ehe sie gekocht war.... Ergießt sich der Schwarm dieser wanderlustigen Teutonen über unsere Kolonien, so werden wir wenig Freude an diesen erleben." (57)

2

3.1.3.3. Deutsche"Außenpolitik" auf Zanzibar und in Ostafrika (II)

Deutsch- Ostafrika war ein Produkt kolonialbessener Phantasie. 1886 verfügte die DOAG über genau lo jämmerliche Stationen im Landesinnern. Außerdem existierte eine einzige Tabakplantage, die mit gemieteten Sklaven arbeitete und auf der Prügelstrafen auf der Tagesordnung war. (58)
In der Tat ist es zu Arrangements zwischen den Desperados der DOAG und den afrikanischen Sklavenhändlern gekommen. Allenthalben blühte der Sklavenhandel wieder auf. Dies war die Praxis in den deutschen "Schutzgebieten", und daran änderte sich bis 1888 nichts.
Trotz aller Zurückhaltung seitens der deutschen Reichsregierung wurde dieser Zustand von der DOAG bewußt verschärft. 1885 kam es zum Wettlauf zum Kilimanjaro: nacheinander preßten eine britische und eine deutsche Expedition den ansässigen Afrikanern Depossedierungskontrakte in der gewohnten Manier ab. (59) Daraufhin einigten sich die beiden koloniali-

stischen Rivalen nach langem Hin und Her, Ostafrika unter sich aufzuteilen; als eine deutsch- englisch- französische Grenzkommission nicht die von den Deutschen in sie gesetzten Hoffnungen, "Hafenplätze für das deutsche Hinterland zu erwerben und womöglich einen Teil des Odiums solcher Erwerbungen auf England und Frankreich abzuwälzen" (60), erfüllte, wurde ein neues Flottenmanöver angekündigt. Daraufhin kam es Ende Oktober 1886 zu einem zweiten Abkommen zwischen der englischen und deutschen Regierung. Die Souveräntität des Sultans von Zanzibar wurde auf einen Umkreis von 12 Seemeilen eingeschränkt. Großbritannien verpflichtete sich, die jetzt anlaufenden deutsch-zanzibarischen Verhandlungen um die Zollpacht der Häfen Dar- es- Salam und Pangani an der afrikanischen Ostküste zu unterstützen. Schließlich wurde das Gebiet zwischen den Flüssen Rovuma und Tani in eine deutsche und eine englische Einflußzone aufgeteilt.

Mit diesem Abkommen hatte Deutschland einen eindeutigen Erfolg errungen; die Scharte des Vorjahrs war weitgehend ausgewetzt. Der"Journal des Debats" kommentierte es folgendermaßen:

"In dem Kampfe um den Besitz von Kolonien, welcher anscheinend zwischen Deutschland und England stattfindet, hat Deutschland eben wieder auf ganz friedlichem Wege einen Sieg über England davongetragen, welches seine an der Ostküste Afrikas erworbenen Rechte und Ansprüche oder, was auf dasselbe herauskommt, seine dortigen Schutzbefohlenen preisgibt, ebenso wie im vorigen Jahre an der Westküste in Guinea." (61)

Der Sultan von Zanzibar, der zu den Verhandlungen überhaupt nicht hinzugezogen worden war, versuchte, angesichts der neuen deutschen Ansprüche Zeit zu gewinnen. Er forderte eine Bedenkzeit von sechs Monaten. Die deutsche Kolonialmacht reagierte darauf in der ihr einzig adäquat erscheinenden Weise: wieder einmal wurde eine Demonstrationsflotte zusammengestellt.

Während die Vorarbeiten zur neuen Pressionsaktion liefen, spielte der Zufall dem deutschen Generalkonsul wieder einmal einen willkommenen Anlaß zur Radikalisierung der Prozedur in die Hände: ein Konquistador der DOAG, Jühlke, war auf zanzibarischem Territorium ermordet worden. Said Bargasch wußte, wie die Kolonialmächte auf solche Ereignisse zu reagieren pflegte: er nahm die deutschen Verhandlungsbedingungen postwendend an. Das Auswärtige Amt sah darin die Eröffnung einer neuen Perspektive: "Es scheint jetzt die Zeit zu kommen, wo der Sultan sich, nach langem Sträuben, mit uns möglichst freundschaftlich stellen will, wie es seiner Zeit auch mit England gegangen ist, nachdem dies zu energischen Maßregeln gegriffen hatte, und da dürfte es sich empfehlen, ihm entgegenzukommen." Bismarck stimmte diesem Vorschlag zu. Aber er bemerkte: "Ja, aber den Mord an Jühlke als Pressionsmittel benützen." (62)

Das frühimperialistische "crisis management" trat sofort in Aktion. Aus noch nicht geklärten Gründen verzichtete man jedoch darauf, die in dem deutsch- britischen Abkommen ergatterten Privilegien sofort weiter auszubauen. (263) (~~264~~)
Als die DOAG ihrerseits versuchte, durch neue Expeditionen in das inzwischen sanktionierte britische Einflußgebiet das ihr nicht ausreichend erscheinende Abkommen provokativ zu durchbrechen, wurde sie zurückgepfiffen. Die deutsch- französische Kriegspanik des Jahrs 1887 hatte den Handlungsspielraum des deutschen Kolonialismus erheblich eingeengt.
Inzwischen war die DOAG vollends am Nullpünkt angelangt. Die Ära des Flaggenhissens war jetzt endgültig vorüber. Während ihre Konquistadorenfraktion sich beharrlich weigerte, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, wuchs der Druck der an der DOAG inzwischen reichlich beteiligten Hochfinanz. Sie wollte endlich Profite sehen: "Der Zweck der Kolonialpolitik wird nur dann erreicht, wenn eine wirtschaftliche Bereicherung des Mutterlandes eintritt... Es ist deshalb die Aufgabe der deutschen Pioniere, die jetzt das afrikanische Festland betreten, zu produzieren." (267) (~~267~~)
Freilich konnte sie dessenungeachtet noch nicht auf ihren "Trommler" Peters, der wie kein anderer durch die von ihm selbst geschaffene Konquistadorenlegende geeignet schien, die nüchternen ökonomischen Ziele der Großbourgeoisie mit der chauvinistischen Ideologie der Mittelschichten zu verbinden, verzichten. Deshalb reiste Peters im April 1887 mit seiner Gefolgschaft zum zweitenmal nach Zanzibar ab. Gemäß dem zweiten Londoner Abkommen hatte er Pachtverträge mit den Häfen Dar- es- Salam und Pangani abzuschließen. (265) (~~268~~) Daneben sollte er endlich anfangen, die Niederlassungen der DOAG nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu organisieren."Auf vier Zentren sollte sich die Arbeit der Gesellschaft in Ostafirka fortan konzentrieren: auf die baldmöglichst zu errichtenden Stationen in den beiden gepachteten Häfen und auf zwei Stützpunkte im Innern, die Peters in Mpwapwa an der großen Karawanenstraße nach Tabora und in Aruscha im Kilimanjarogebiet anlegen sollte. Die alten wertlosen Stationen der Gründerperiode sollten mit wenigen Ausnahmen aufgelöst werden, falls sich nicht Käufer für sie fänden." (266) (~~268~~)
Um diese Instruktionen kümmerten sich Peters und Konsorten freilich nicht. Auch in der zweiten Periode konnte von kolonialer Ausbeutungsbetätigung keine Rede sein. Dafür betrieben sie eine exzessive finanzielle Mißwirtschaft, von der sie sich auch nicht durch die Drohungen des Direktoriums der DOAG abbringen ließen. Sie wußten zu gut, daß für die beteiligten Finanziers ein Skandal oder gar eine gerichtliche Untersuchung nicht zu riskieren war.
Auch die fortlaufenden Beschwerden der hanseatischen Kolonialunternehmen vermochten ihnen nichts anzuhaben. Immerhin ist es bezeichnend genug, was ein im Hamburger Elfenbeinunternehmen Meyer angestellter über ihre Praktiken schrieb:

"Wenn die ostafrikanische Gesellschaft fortfahren wird, die Eingeborenen zu mißhandeln und zu reizen, wird es mit der Zeit ganz unmöglich werden ,zu reisen...Bei der jetzigen ohnmächtigen Wirtschaft der ostafrikanischen Gesellschaft muß der Handel ruiniert werden." ~~(270)~~ 67)
Umso überraschender waren die Verhandlungsergebnisse mit dem Sultan, die Peters nach Deutschland melden konnte. ~~Freilich~~ Gleichwohl gingen auch sie nicht im geringsten auf seine Initiative zurück.
Die Engländer hatten dem Sultan in der Zwischenzeit weitgehende Konzessionen an den Küsten ihrer Einflußsphäre abgepreßt. Das gesamte Zoll- und Steuerrecht, die Verfügungsgewalt an Grund und Boden und die vollziehende Gewalt war an sie übergegangen. Freilich sollte das alles, damit der Sultan sein Gesicht wahren konnte und keine Unruhen ausbrachen, unter arabischer Flagge betrieben werden.
Als Peters die Verhandlungen aufnahm, um Konzessionen für Dar-es-Salam und Pangani zu bekommen, bot ihm Said Bargasch die gesamte, im deutschen Einflußbereich liegende Küste zu gleichen Bedingungen an. Durch den Verkauf sah der Sultan sich imstand gesetzt, die laufenden Kosten für seinen Staatsapparat regelmäßig aufzubringen. Im Gegensatz zu den blind annexionswütigen Teutonen der DOAG begriff der deutsche Generalkonsul den Souveränitätsvorbehalt des Sultans sehr wohl: seine Funktion war, einen arabisch- afrikanischen Aufstand zu verhindern. Die Peters-Agenten dagegen verstanden ~~dagegen~~ die Chance nicht, die darin bestand, daß sie die Souveräntität des Sulants für ihre Ziele ausnutzen und sich allmählich in ihre koloniale Herrschaft einzuschleichen vermochten. Großspurig schrieb Peters an seine Finanziers: "An die Möglichkeit ernster und gefahrdrohender Bewegung der einheimischen Bevölkerung gegen uns glaubt doch nur derjenige, welcher die Verhältnisse unserer Kolonie gar nicht oder nur vom Hörensagen kennt." ~~(275)~~ 68)
Die Spitze der DOAG ging auf dieses Angebot nur sehr zurückhaltend ein. War es für die "deutsch- nationalen" Konquistadoren unerträglich, unter arabischer Flagge ausbeuten zu müssen, machten diese wiederum geltend, daß die finanziellen Abfindungen an den Sultan doch wohl zu unangemessen seien. So hatte jeder seine Bedenken, was beweist, wie bedeutungsvoll die Koinzidenz zwischen großbürgerlicher Illiquidät und mittelständischem Teutonentum gewesen ist. Wenn man sich auch gegenseitig kritisierte, so saß man doch zusammen in einem Boot.
~~Indes wußte~~ Peters versuchte seine Finanziers zu beschwichtigen. "Ich möchte dringend bitten", schrieb er, auf ihre Vorbehalte antwortend, "den Paragraphen wegen seiner zunächst in der Tat ja völlig platonischen Gewinnbeteiligung am Gesamtunternehmen in keiner Weise zu beanstanden. Das Leben des Sultans von Zanzibar ist sicherlich nicht mehr allzulange bemessen, und es wird für einen geschickten Leiter der DOAG hier nicht schwierig fallen, nach

seinem Tode Thronzwistigkeiten zu entfachen, welche eine bequeme Veranlassung zur Revision dieses Vertrages bieten werden. Dann ist derselbe der natürliche Übergang zu einer endgültigen und uneingeschränkten Besitzergreifung der Festlandküste." (69)

Allerdings ging die Spitze der DOAG, wohl wissend, daß nicht sie, sondern die Reichsregierung das letzte Wort zu sprechen hatte, auf diesen Vorschlag zum Betrug nicht ein. Obwohl Peters damit drohte, er "würde... es außerordentlich bedauern, wenn die DOAG die Beziehungen, welche sie zu der Volksbewegung, aus der sie hervorgegangen ist, noch hat, willkürlich abschneiden wollte...", (~~279~~ 70) bestand die DOAG darauf, der Sultan müsse seinen Anteil an den Zollgewinnen senken. Da der Sultan sich kategorisch weigerte, zögerten sich die Verhandlungen weiter hinaus.

Inzwischen nahmen die Konquistadoren Dar- es- Salam und Pangani "in Besitz". Sie warben sich eine "Leibgarde", ehemalige Sklaventreiber, an, (~~279~~ 71) nahmen mehrere swahilische Grundbesitzer fest und "eigneten" sich ihr Eigentum unter Mordandrohungen an. In Dar- es-Salam wurde von Peters sogar der dort ansässige Sultansgouverneur "festgenommen" und "enteignet". Daneben kam es zu Terroraktionen der angeworbenen Schlägertrupps, die alle Afrikaner, die ihnen über den Weg kamen, wahllos prügelten und mißhandelten. Zum erstenmal zeigte der "deutsche Herrenmensch" in Ostafrika in aller Offenheit sein wahres Gesicht. (~~280~~ 72)

Das Verhandlungsklima auf Zanzibar wurde durch dieses Vorgehen wahrlich nicht verbessert. Said Bargasch brach prompt die Verhandlungen mit Peters ab. Jetzt war Peters nicht mehr zu halten, er wurde von der DOAG abberufen. Statt seiner setzte der deutsche Generalkonsul namens der deutschen Regierung die Gespräche fort.

Seit die deutsche Regierung wieder direkten Einfluß auf die Entwicklung auf Zanzibar hatte, war die Gelegenheit günstig, endlich zu einer deutsch- britischen "Kolonialehe" zu kommen. Es gelang, sich "bei der Gemeinsamkeit der deutschen und englischen Interessen...zu verständigen." (~~282~~ 73) Beide Seiten waren sich einig in der Absicht, "die Lage in Zanzibar in der Hand zu behalten und einen Bürgerkrieg um den Thron ebenso zu verhüten wie den Sieg eines europäerfeindlichen Prätendenten." (~~283~~ 74)

Noch bevor der verbitterte Said Bargasch gestorben war, hatte man einen gemeinsamen Nachfolger gefunden: Said Khalifa. Schließlich trat der erhoffte Trauerfall auch ein. Es bedurfte nur geringen deutschen Drucks -man anerkannte Said Khalifa nur unter der Bedingung, daß er den modifizierten Küstenvertrag unterschrieb- um sich endlich durchzusetzen. Am 28. April 1888 wurde folgendes ratifiziert:

1. Fast alle Hoheitsrechte in der deutschen Interessensphäre gehen auf die Deutschen über, ebenso die Verwaltung. Die DOAG arbeitete unter arabischer Souveränität.

2. Die DOAG allein ist berechtigt, alles noch nicht okkupierte Land in Besitz zu nehmen, Steuern zu erheben und Mineralien zu schürfen.
3. Die DOAG pachtete alle Hafenzölle im deutschen Interessengebiet. Im ersten Jahr soll sie nur 5 Prozent der Nettoeinkünfte als "Kommissionsgebühr" bekommen. Danach sollte man sich auf einen neuen Satz einigen. Mindestens 5o Prozent an reinem Zolleinkommen sollten auf jeden Fall an den Sultan gehen.
4. Der Sultan wird zu einem geringen Teil an den Dividenden der DOAG beteiligt. ~~(286)~~ 75)

2.1.4. Der ostafrikanische Aufstand

Mit dem dem neuen arabischen Sultan abgepreßten Küstenvertrag waren die Bedingungen für die deutsche Kolonialherrschaft in Ostafrika endgültig geschaffen. Die Tätigkeit der DOAG davor kann nicht als kolonialistisch bezeichnet werden. Da sie weder Tribute von den Afrikanern erhob, von einer Ausnahme abgesehen keine Zwangsarbeit organisierte -sie war"lediglich" in gewissem Umfang am Sklavenhandel beteiligt-, noch Jurisdiktion übte, blieb der Antagonismus zwischen kolonialen Herrschern und Untertanen latent.
Personell wurde der jetzt eintretende Umschwung dadurch deutlich, daß an die Stelle des Konquistadors Peters der erfahrene Afrikaunternehmer Vohsen, der das volle Vertrauen der Finanziers der DOAG genoß, trat. Vohsen war bereit, das von ~~Hex~~ Peters desavpuierte "Entwicklungsprogramm" zügig zu betreiben.
Freilich machte sich auch Vohsen zuallererst daran, die eingehandelte Zollpacht an der Küste durchzusetzen. Daß man dabei in einer unglaublichen Rigorosität und Schnelligkeit vorging, ohne die von den europäischen Konkurrenten so wohlgeübte "pénétration pacifique" nachzuvollziehen, ist darauf zurückzuführen, daß die DOAG erst mit einer Kapitalerhöhung rechnen konnte, wenn ihr Geschäft in Ostafrika als in jeder Beziehung rentabel auszumachen war.
Folglich gingen die Regenten der DOAG ihrer Aufgabe mit wahrer Gründlichkeit zuleibe. Die Phantasie, mit der sie ihre Steuerverodnungen erfand, war grenzenlos. Eine Kopf- und eine Begräbnissteuer wurde erlassen. Jeder Kakaostrauch war fortan mit einer Rupie belastet. Transportgebühren wurden eingeführt, deren Beträge oft höher waren als der transportierte Warenwert. Hinzu kamen wahrhaft preußische Erlasse, die von dem Bedürfnis zeugen, aus Ostafrika eine saubere deutsche Kaserne zu machen. Die Swahilistraßen waren peinlich sauber zu halten. Die Personenregistrier- und Meldepflicht wurde eingeführt. Segeln durften die Afrikaner nur noch, wenn sie einen teuren "Segelerlaubnisschein" hatten. Die Einfuhr von Pulver und Schußwaffen wurde strikt verboten. 76)

Von besonderer Bedeutung war die "Verordnung Nr. 3": jeder Swahili und Ostafrikaner, der sein Eigentumsrecht an Grund und Boden nicht "gehörig nachweisen" konnte, indem er es in ein schleunigst geschaffenes Grundbuch zu einer immensen Gebühr eintrug, wurde zugunsten der DOAG expropriiert. Dies war denn selbst den hanseatischen Unternehmer ein allzu durchsichtiges Manöver. Albrecht O'Swald interpretierte es richtig, als er schrieb, daß jedem Afrikaner, "falls er keine Papiere über seinen Besitz an Land habe, dasselbe ihm weggenommen werden würde. Und wie sollte der Neger zu geschriebenen Besitztiteln kommen, wo kaum die Grenzen bestimmt sind?" (77) Tatsächlich entstanden schon bei den ersten Landverkäufen, die die DOAG im August und September 1888 tätigte, derartige Konfusionen, wie sie bei der von der DOAG so benannten "schlampigen und korrupten Araber- und Negerwirtschaft nie vorgekommen war(en)". (78)

Den Afrikanern und Arabern wurde angesichts solcher Praxis sehr bald klar, daß es für sie keine andere Alternative gab, als den Aufstand gegen die DOAG- Agenten zu wagen. Es waren historische Gründe, die die sich jetzt entwickelnde Widerstandsbewegung trotz aller feudaler Gegensätze zu einer allgemeinen werden ließen. Während die offizielle Historiographie noch immer von einem "Araberaufstand" spricht, waren die afrikanischen Küstenstämme an ihm nicht weniger beteiligt: Araber und Afrikaner mußten einhellig argumentieren, daß, wenn der Sultan von Zanzibar sein Land nicht länger selbst regieren wolle, er es an die Vorbesitzer, die lokalen Feudaldynastien und die Küstenstämme zurückzugeben habe. Deshalb waren auch die Bantustämme des Hinterlands mit der"Küstenfrage" eng verknüpft. Mehr noch: der Aufstand ging nicht primär von den Arabern aus, sondern von den Jumben, der swahilischen Dorfaristokratie Ostafrikas, die kleine Anteile an den arabischen Zolleinkünften hatten. Sie waren die tatsächlichen Herrscher zwischen den Küstenstädten, und sie waren es, die mit der Forderung nach Freiheit von jeder Art von Oberherrschaft und Restauration der Lokaldynastien die Masse der Kämpfer stellten.

Andererseits war aus diesem Grund der Aufstand auch nicht revolutionär. Da sie der kolonialen Durchdringung noch kein Modell der afrikanischen Emanzipation von Feudal- wie europäischer Kolonialherrschaft entgegenzusetzen vermochten, fehlte der Erhebung die Geschlossenheit. Nach einer gewissen Latenzperiode konnten sich die europäischen Eroberer die tribalistisch- aristokratischen Gegensätze zunutze machen. Auch die Kriegsführung wurde von diesen gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt: die Aufständischen stellten sich immer wieder den technisch überlegenen Expeditionstruppen der Deutschen in offener Formation und wurden vernichtet. Als der Kolonialkrieg schließlich in seine Guerillaphase überging, war die Übermacht der Deutschen schon zu groß. Trotz des jetzt einsetzenden Terrors und der Massenvernichtung brauchten die neuen Kolonialherren im-

merhin zehn Jahre, bis sie die Stämme des Hinterlands unterworfen hatten. Den Anlaß zum Aufstand lieferten die deutschen Konquistadoren, als sie mit dem offiziellen Beginn der deutschen Herrschaft am 15. August 1888 den üblichen "Flaggenhumbug" (Bismarck!) inszenierten. Mit "Wacht am Rhein", Kaiserhoch und forschen Proklamationen hatten sich die deutschen Okkupatoren in der Hafenstadt Bagamoyo in Szene gesetzt. Jedoch hatte sich der Sultansgouverneur ~~sich~~ geweigert, die rote Sultans-Flagge herunterzuholen. Was er nicht tat, unternahm eine Landungsabteilung des Kreuzers "Möve" wenige Tage später mit Gewalt. Das reichte, um zusammen mit der jetzt beginnenden Gebührenerhebung zu der einzig möglichen Konsequenz zu führen: dem allgemeinen Aufstand. Ein Teil der DOAG-Agenten konnte auf die deutschen Kriegsschiffe fliehen, andere wurden gefangengenommen, ohne daß man ihnen ein Haar krümmte. Sie wurden mit der gebührenden Schande"entsetzt": die deutschen Kriegsschiffe schossen die Küstenstädte zusammen, Marineabteilungen wurden gelandet und stellten "Ruhe und Ordnung" wieder her. Es kam zu Plünderungen und Vergewaltigungen- mit dem Ergebnis, daß die deutschen Okkupatoren nach wenigen Tagen nur noch über ein paar Brückenköpfe verfügte. Nur der Bezirkschef von Dar-es-Salam, der schon seit längerem residierte und Zeit gehabt hatte, ein einigermaßen systematisches Terrorregime zu etablieren, konnte sich halten. Seinen gescheiterten Kollegen in den übrigen Küstenstädten gab er folgenden Rat: "Der Afrikaner muß erst die Faust des Herren spüren, ehe er sich an das sanfte Joch gewöhnt. Man hätte nur einmal ein Nest niederkartätschen sollen, dann würden die Leute wohl zu Kreuze kriechen. Ich setze hier nicht täglich mein Leben auf's Spiel, um vor diesem Gesindel die Falgge zu streichen. Eher sprenge ich mich mit meinem Hause in die Luft." (794)

2.1.4.1. Kolonialkoller in Deutschland: Die ostafrikanische Vorlage

Nach dem Bekanntwerden des Aufstands in Deutschland setzte eine Reaktion ein, die der Kolonialkaufmann Scharrer treffend als "Berserkerchauvinismus" bezeichnet hat. (~~795~~) Ihn galt es auszunutzen, um das Reich als Nachfolger und Korrektor des ostafrikanischen Bankrotts antreten zu lassen.

Die Kolonialverbände hatten sich bald auf die dabei zu verfolgende Strategie geeinigt. Während sie aus ökonomischen Gründen Maßnahmen forderten, die den Übergang von der Sklavenhalterwirtschaft zur Zwangsarbeit garantierten, fesselten sie gleichzeitig eine "Volksbewegung" ~~an~~, die zu Recht als die erste imperialistische Massendemagogie in Deutschland bezeichnet worden ist. "Rettet Deutschlands Ehre in Ostafrika- Steuert den Greueln des arabischen Sklavenhandels", lautete fortan die Parole.

Aus ganz anderen Gründen wurde freilich von der Reichsregierung die Frage einer militärischen Intervention diskutiert. Herbert Bismarck legte in

einem Memorandum die entscheidenden Argumente bloß:
"Ein vollständiger Rückzug würde, nachdem wir uns auf das Gebiet der kolonialen Unternehmungen begeben und durch internationale Abmachungen mit England und Portugal ausgedehnte afrikanische Gebiete der Geltendmachung deutschen Einflusses vorbehalten haben, ohne Einbuße an politischem Ansehen dem Auslande gegenüber kaum durchführbar sein. Auch dürfte der scheinbare Triumph, welcher hierin für die parlamentarische Opposition gegen die Kolonialpolitik liegt, auf innerem Gebiete und bei den Wahlen in unerwünschter Weise ausgebeutet werden. Endlich würden diejenigen Mitglieder der DOAG, welche seinerzeit aus patriotischen Gründen das Unternehmen mit reichen Geldmitteln unterstützten, das Gefühl haben, von der Kaiserlichen Regierung im Stiche gelassen zu sein." (47)
Außenpolitisches Prestige, innenpolitische Herrschaftsprobleme und die Furcht vor einer "Indignation" der Hochfinanz gaben also den Ausschlag. Folglich war man, ob man wollte oder nicht, gezwungen, der Demagogie der kolonialistischen Lobby sich anzuschließen. Am 23. Oktober 1888 wurde die Kartellpresse angewiesen, die ostafrikanische Frage in dem Sinne zu diskutieren, "daß es sich bei derselben im letzten Grunde um den Sklavenhandel handele." (42) Die Unterdrückung des Aufstands wurde zu einer"christlichen"und "zivilisatorischen" Pflicht gemacht. "Seine Durchlaucht erwartet, daß durch derartige Publikationen das Interesse der öffentlichen Meinung für die Antislavery-Bestrebungen gewonnen und dadurch auf die betreffenden Regierungen (gemeint sind "alle gesitteten Staaten", d. Verf.) ein Druck zugunsten der von uns zu machenden Vorschläge ausgeübt werden wird." (43)
Während man sich anschickte, den ersten Akt der Wiedereroberung, eine Blockade Ostafrikas, einzuleiten -ohne allerdings damit zum Ziel zu kommen, da gerade deutsche Rüstungsfirmen es waren, die Waffen nach Ostafrika lieferten-, wurde das militärische Operationsprogramm zur "Rückgewinnung" emsig diskutiert. Zuerst dachte die Regierung daran, die Aktion unter dem Signum der DOAG ablaufen zu lassen:" Garnisonen muß die Gesellschaft stellen und dazu Mietstruppen haben. Die Flotte kann das nicht... Dazu muß man Negersoldaten mieten! Kaffern!" (44)
Im Verlauf der Vorbereitungen wurde der Regierung freilich klar, daß die DOAG in Ostafrika bislang eine Fiktion gewesen war. Auf diesem Weg konnte also nicht vorgegangen werden. Genauso schlug der Versuch fehl, den Sultan von Zanzibar wieder "aufzubauen" und ihn stellvertretend das Geschäft erledigen zu lassen. Jetzt sah Bismarck die letzte Angriffsmöglichkeit nur noch darin, daß der Reichstag den Anlaß für ein entsprechendes Regierungsprogramm lieferte: "Bevor wir (die Regierungsvorlage) als amtliches Regierungsprogramm aufstellen, müssen wir den Reichstag in die Lage bringen, durch Bewilligung oder Ablehnung kund zu geben,

ob seine Mehrheit noch dieselbe ablehnende Auffassung gegen Kolonialpolitik hat wie früher. Mit Reichstag und nationalem Wind im Segel können wir vorwärts gehn; ohne das müssen wir Zanzibar ad acta Apia schreiben." (425)

Überraschenderweise kam das Projekt, aus der "Aufrechterhaltung der ostafrikanischen ~~Zuchtanstalt~~ Gesellschaft" "eine nationale Interessen- und Ehrensache" zu machen, (426) nur zögernd voran. Vor allem Bismarck war der Auffassung, daß die imperialistische Expansion zumindest so "maßvoll" zu betreiben sei, daß es zu keinen Friktionen mit England kam. Indes kam ein gerade laufender katholischer Feldzug gegen die Sklavenhandelei dem bedrängten Reichskanzler sehr zupaß. Das Zentrum, das bis jetzt deutlich antikolonialistisch eingestellt war, konnte gegen einen derart frisierten Feldzug nicht mehr opponieren. Gleichzeitig war England wegen seiner analogen Praxis gezwungen, sich den deutschen Operationen freundlich anzupassen.

Am 14. Dezember passierte eine entsprechend "antisklaverische" Resolution den Reichstag. Der Gesetzentwurf, der daraufhin von Bismarck formuliert wurde, machte die deutsche Intervention zu einer "Ehrenpflicht". Freilich leistete er sich am Schluß der Begründung eine klassische Fehlleistung, die allein ausreicht, die tatsächlichen Motive des ganzen Unternehmens bloßzulegen: "Vorbehalten bleibt die demnächstige Erstattung der durch die beabsichtigten Maßnahmen erwachsenden Kosten aus den Einkünften des ostafrikanischen Gebiets in Voraussetzung der günstigen Entwicklung des Unternehmens(gemeint ist die DOAG, d.Verf.)". (427) Der Kolonialenthusiast Oechelhäuser konstatierte den gefährlichen Lapsus sofort: "Soeben lese ich mit Schrecken den letzten Absatz der Motive", schrieb er an das Auswärtige Amt. "Im Reichstag würde dieser Passus den schlechtesten Eindruck machen, weil er das Zentrum in seinem Argwohn bestärken muß, daß die ganze Verwendung nicht für die Sklavereibekämpfung, sondern in versteckter Weise für die DOAG gesehe." (428) Der Passus wurde in letzter Minute noch gestrichen.

Inzwischen war die "koloniale Bewegung" zu einer ersten "Volkserhebung" ausgewachsen. Ihr mußte sich, wie er feierlich erklärte, auch Bismarck unterordnen: "Ich bin kein Kolonialmensch von Haus aus gewesen; ich habe gerechte Bedenken gehabt, und nur der Druck der öffentlichen Meinung...hat mich dazu bestimmt, zu kapitulieren und unterzuordnen." (429)

2.1.4.2. Hermann Wissmann oder die Anfänge des kaisertreuen Völkermords

---

Am 30. Januar 1889 wurde die Regierungsvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Freisinnigen angenommen. Das Gesetz ermächtigte den Reichskanzler, "für Maßnahmen zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika" (430) zwei Millio-

nen Mark auszugeben und einen Reichskommissar zu bestellen. Jetzt konnten die Auguren der "Volksbewegung" die Maske wieder fallen lassen. "Das Reich tut das Seine", schrieb die "Nationalzeitung"," um im letzten Augenblick der Teilung der Erde das deutsche Volk nicht zu kurz kommen zu lassen."(71)

Zum Leiter des ostafrikanischen Feldzugs wurde Hermann Wissmann, Hauptmann und Protegé Bismarcks, bestellt. Er wurde mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Was ihn in den Augen Bismarcks zum Reichskommissar besonders befähigte, war seine Erfahrung, die er sich auf mehreren Forschungsreisen erworben hatte, und seine ~~xxxx~~ in der Öffentlichkeit wohlbekannte anti-arabische Einstellung. Wissmann proklamierte seit langem, daß, "wenn man den armen wehrlosen Eingeborenen nachhaltig schützen will, das Arabertum in diesen Ländern ausgerottet werden (muß) mit Stumpf und Stil, bevor es eine Macht erreicht, der wir Europäer des feindlichen Klimas und der Entfernung wegen nicht mehr gewachsen sind."(~~129~~ 72)

Hier klingt schon deutlich an, was in den nächsten Monaten geschah: der zweifellos barbarische Sklavenhandel wurde beseitigt, um die für die koloniale Praxis unerläßliche Zwangsarbeit der Afrikaner an seine Stelle zu setzen. Gleichzeitig mußte, um dies zu erreichen, die Politik der "Ausrottung", des ökonomisch kalkulierten Genozids, beschritten werden.

Mit den DOAG- Desperados hatte Wissmann freilich nichts gemein. Er war mehr ein Repräsentant preußisch- deutscher Militärdespotie, die den Terror so dosiert, wie es zur Durchsetzung ihrer Ziele nötig ist. ~~Er~~ Wissmann hatte es nicht nötig, sich wie Peters an den Zuckungen gehenkter Afrikaner zu weiden. Wenn unter ihm gleichwohl vom Galgen häufiger Gebrauch gemacht wurde als je zuvor, dann "nur" aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Wissmann steht ganz in der Tradition des preußisch-deutschen Militarismus, der im deutsch- französischen Krieg 1870/71 zum erstenmal gezeigt hatte, daß der Massenmord Bestandteil militärisch- operativer Überlegungen sein kann, als er die nach der Niederlage der französischen Armee aufkommende Franctireur- Bewegung durch das System der Geiselerschießung und der begrenzten Praxis der "verbrannten Erde" niederschlug. Diese Tradition wurde von Wissmann in Afrika fortgesetzt. Hatte sie bei der ~~Niederschlagung~~ Bekämpfung des ostafrikanischen Aufstands nur einen begrenzten Stellenwert, wurde sie bei den nachfolgenden Aktionen des deutschen Kolonialismus, an denen Wissmann nicht mehr beteiligt war, umso offenkundiger: während das Expeditionskorps Waldersees in China nicht mehr so recht zum"Zuge" kam, ging man bei der Niederschlagung des Herero-Aufstands in Deutsch-Südwestafrika (1904– 1906) desto gründlicher vor und liquidierte 80 Prozent des rebellierenden Stamms ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Nicht weniger ~~grausam~~ konsequent ging es bei dem 1905 sich wiederholenden Aufstand in Ostafrika zu. Verfolgt man die deutsche Geschichte weiter, erschrickt man über diese Kontinuität, die mit der nationalsozialistischen Politik

der Okkupation, der Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener und der Juden ihren (vorläufigen?) Höhepunkt gefunden hat.

Nach dem Vorbild der englischen, französischen und inzwischen auch belgischen Kolonialpraxis stellte Wissmann eine "Eingeborenentruppe" unter deutschen Offizieren und Unteroffizieren auf. Dafür kamen Zanzibarianer oder gar Swahili nicht in Frage. Diese würden sich hüten, "das Odium der Deutschenfreundschaft" auf sich zu laden. (~~434~~ 93) Stattdessen bot sich in Ägypten eine günstige Gelegenheit. Hier gab es genügend arbeitslose sudanesische Söldner, "die Reste der vom Mahdi zerschlagenen anglo- ägyptischen Regimenter, die die ägyptische Regierung aufgelöst hatte...Heimatlose, kriegserfahrene Söldner, bereit zu jeder Tat, die bezahlt wurde, das war das richtige "Menschenmaterial" für die Invasion Ostafrikas."(~~434~~ 94)

Am 12. März 1889 erstattete Wissmann zum erstenmal Bericht über die von ihm aufgestellte Truppe, die sich auf 850 Neger, 80 Europäer, 26 Geschütze und sieben Seefahrzeuge belief. Der neue deutsche Kaiser schrieb dazu in seiner volkstümlichen Art an den Schreibrand des Berichts: "Wenn det nich jut for de Araber is, denn weeß ick nich, wat besser is." (~~434~~ 95)

Wissmann war erfahren genug, um zu wissen, daß er Schwierigkeiten haben würde, wenn seine Truppe nur aus Sudanesen bestand: die mögliche Frontbildung gegen ihre europäischen Führer war nur zu vermeiden, wenn man ihnen andere Afrikaner dazu gab, die sich mit ihnen nicht verständigen konnten und möglichst auch eine andere religiöse Tradition besaßen. Deshalb wurden aus Portugiesisch- Ostafrika auch noch Zulus "dazuerworben"; eine Gruppe von Askaris ostafrikanischer Binnenstämme, möglichst Sklaventreiber, machten die "Wissmanntruppe" komplett. Jetzt konnten die deutschen Offiziere immer mit Stammesrivalitäten lavieren "und den Zorn der schlechter Gestellten ~~auf die~~ von den weißen Offizieren auf die bevorzugten schwarzen Kameraden(ablenken)." (~~434~~ 96)

Anfang Mai landete die wissmannsche Invasionsarmee in den Brückenköpfen Bagamoyo und Dar- es- Salam. Ein Depot auf Zanzibar war aufgrund einer entsprechenden ~~Initiative~~ Intervention des britischen Generalkonsuls nicht zugelassen worden.

Die afrikanischen Stämme hatten inzwischen das Küstengebiet großenteils wieder verlassen, um ihre Felder zu bestellen. Nur einer ihrer Führer, Buschiri, belagerte noch die Brückenköpfe. Da gleichzeitig eine Hungersnot eingetreten war, war Buschiri gezwungen, Requirierungstrupps ins Landesinnere zu schicken. Das trug wesentlich dazu bei, daß sich die Widersprüche innerhalb der ohnehin dehr heterogen zusammengesetzten Aufstandsbewegung immer mehr verschärften.

Was Wissmann dagegen auf deutscher Seite ~~schon~~ vorfand, war ein im wesentlichen schon "totalisierter" Krieg. Die deutschen Kreuzer waren seit Oktober 1888 dazu übergegangen, die verschiedenen Küstenstädte "abzustra-

fen". Das Dorf Windi beispielsweise wurde fünf Stunden lang bombardiert; da die Brandwirkung der Granaten aber nur geringfügig war, landete nach dem Bombardement eine Marineabteilung und zerstörte, was noch übrig geblieben war. Ähnlich ging man auch gegen Sadani vor, weil es die Heimatstadt eines der Rebellenführer, Bwana Heris, war. (~~438~~) 97)

Im übrigen war man dazu übergegangen, die Gefangenen, die man machte, umzubringen. Beispielsweise meldete der Chef des Brückenkopfs Bagamoyo, der Herr Freiherr von Eberstein: "Den heutigen Räuber mußte ich erschießen lassen, da sich der Strick als unzureichend erwies. Ich halte Henken für wirksamer und bitte darum um einen guten Hanfstrick oder eine dünne Manilaschnur." (~~439~~) 98)

Die Terroraktik, die keiner operativen Notwendigkeit entsprang, sondern Bestandteil "psychologischer Kriegsführung" war, wurde in ihrer Funktion immer besser begriffen: "Nur mit Schrecken und Grauen", schrieb ein Matrose des Kreuzers "Leipzig", "sprechen in Ostafrika die Einwohner der teils niedergebrannten, teils zerschossenen Städte von den Deutschen." (~~440~~) 99)

Was hier eingeleitet worden war, brauchte Wissmann folglich nur noch fortzusetzen.

Zunächst war geplant, die nördliche Hälfte des unter deutschem "Protektorat" stehenden Küstengebiets zurückzuerobern; dadurch hoffte Wissmann die große Karawanenstraße wieder unter Kontrolle zu bringen. War dies erreicht, konnte der Handel mit Innerostafrika wieder aufgenommen werden. ~~Zunächst~~ Am 8. Mai wurde die Belagerung von Bagamoyo und Dar- es- Salam durchbrochen. Entsprechende "Strafaktionen" schlossen sich an; die Matrosen der stolzen kaiserlichen Marine stritten sich mit den Zulus und Sudanesen bei diesen Plünderungen um die Wette, "den Respekt", wie Wissmann mißbilligend schrieb, "den meine Schwarzen vor den Weißen haben, mißbrauchend." (~~441~~) 100) Im übrigen zeigte sich bald, daß Wissmann ein recht durchschnittlicher Kolonialoffizier war, der seine mangelnden Fähigkeiten durch den Gebrauch des Galgens freilich überkompensierte. Ungehalten schrieb der kommandierende Admiral des Unternehmens über den mit ihm konkurrierenden Reichskommissar:

"Ich hatte in dem Reichskommissar einen hochgebildeten Mann von hervorragenden Fähigkeiten zu finden erwartet und finde statt dessen einen recht mäßig begabten Mannchen, der weder als Offizier noch als Organisator noch administrativ hervorragt, nur sich selbst enerkennt, alles hängen will und jeden anderen für einen schlappen Ignoranten ansieht...Dabei ist er taktlos, nicht im Stande, seine Instruktionen zu verstehen und vom Größenwahn völlig verblendet." (~~444~~) 101)

Immerhin war Wissmann fähig genug, seine Aktionen zügig vorzutragen -was freilich angesichts der technischen Überlegenheit seiner Truppe und der Unfähigkeit der ~~Rebellen~~ Aufständischen, sich rechtzeitig darauf einzustellen, kein be-

sonderes Kunststück war. Die disparaten Kerne des Aufstands wurden einer nach dem anderen niedergemacht. Die Bevölkerung wurde grundsätzlich "exemplarisch gezüchtigt" oder "nachdrücklich bestraft", d.h. die deutsche Söldnertruppe veranstaltete bei dem geringsten Widerstand regelmäßige Massaker unter den Afrikanern; es wurde erschossen, was unter die Flinte kam. Aufständische dagegen wurden gehenkt, so man ihrer habhaft wurde, gehenkt. Unbotmäßige Dörfer drohte Wißmann "von der Karte verschwinden (zu) lassen." (462) So zerbrach allmählich die einheitliche Aufstandsbewegung, denn als "unbotmäßig wurde...jedes Dorf angesehen, dessen Einwohner sich vor den Invasoren im Busch verbargen, sodann jede Niederlassung, die nicht vor der Ankunft der Eroberer ihre Unterwerfung ankündigte, die Truppe unentgeltlich unterbrachte und verpflegte, den Soldaten ihre Frauen auslieferte, die deutsche Flagge hißte und alle "Rebellen" von der Küste gefesselt übergab oder ihr Versteck verriet." (463)
Um den Schrecken vollständig zu machen, führte Wissmann bei allen Aktionen drei Aufstandsführer, in Halseisen aneinander gekettet, hinter sich her.
Als Wissmann plante, den von ihm exektutierten selektiven Genozid noch jahrelang fortzuführen, wurden dagegen von deutscher Seite bald ökonomisch motivierte Vorstellungen laut. Natürlich war es zu begrüßen, daß die Afrikaner jetzt "einen fabelhaften Respekt" vor den Deutschen hatten und "alle Farbigen, Araber, Inder und Neger, selbst kleine Kinder, beim Vorübergehen eines Weißen (aufstanden) und militärisch (salutierten)"; (464) das war aber trotz allem noch keine Kolonialpolitik. Über die Folgen hören wir am besten den deutschen Generalkonsul selbst:
"Eine Militärdiktatur, wie Wissmann sie heute übt, taugt nicht für längere Dauer...Wissmann plädiert allerdings dafür, das Standrecht noch jahrelang in Kraft zu lassen, denn er findet es so bequem, alle Reklamationen mit Bezug auf den Kriegszustand abzuschütteln, allein weder für das Land noch für unsere Stationschefs ist es günstig, beim Ausnahmezustand zu bleiben. Durch das kursorische Hängen der Araber wurden diese in den Augen der Neger einfach für vogelfrei erklärt, so daß ein Häuptling bei Wissmann anfragen ließ, ob er alle Araber ohne Unterschied totschlagen solle...Auf der anderen Seite verdirbt aber auch der Ausnahmezustand die jungen Offiziere, weil ihr bon plaisir einfach keine Schranken im Gesetz mehr findet, und wenn ihr Pascharegiment einmal aufhört, so können sie sich in die normalen Verhältnisse nicht mehr hineinfinden." (465)
Bis Ende 1889 hatte die Wissmanntruppe ihren "christlich- zivilisatorischen" Auftrag an der Küste Ostafrikas im wesentlichen erfüllt. Natürlich ließ sie es an Nachterror (selektive Erschießungen von Bewohnern der Küstenstädte) (466) nicht fehlen. Schwieriger wurde es schon, das Landesinnere zu "befrieden". Zum erstenmal sah sich Wissmann einer

konsequenten Partisanentaktik ausgesetzt: der Yao- Häuptling Macemba, der es verstand, einen Teil des Karawanenhandels dem Einfluß der Deutschen zu entziehen, griff das Expeditionskorps nur auf dem Marsch und aus Hinterhalten an. Daraufhin wurden die Operationen eingestellt. Der Kleinkrieg im Hinterland zog sich noch ein ganzes Jahrzehnt hin. Da er die deutschen Positionen aber nicht gefährdete, brauchte er nicht ernst genommen werden. Jetzt war es an der Zeit, den "großen Afrikaner" Wissmann, der Afrika freiwillig bald aus Gesundheitsgründen verließ, auszuzeichnen, zu befördern und zu adeln. Aus seiner Söldnertruppe wurde eine deutsche"Schutztruppe" gemacht; Ostafrika wurde bald zu einer "blühenden" deutschen Kolonie.

2.2. "Befriedungspolitik" in Südwestafrika (1904 -1906)

Wir haben die Aktionen Wissmanns in ihren historisch- politischen Zusammenhang gestellt, um das übliche Verfahren etablierter Apologetik, die Taten eines einzelnen als Geschichte auszugeben, zu desavouieren. Wissmann war alles andere als ein Heros; nicht einmal die von ihm erstmals in größerem Umfang betriebene Vernichtungspolitik steht außerhalb der Geschichte.
Deshalb noch einige Anmerkungen zu der auf die "Befriedungsaktion" in Ostafrika folgende Eskalation des Genozids, die freilich immer eng an die herrschenden sozialökonomischen Bedingungen gebunden war.
Wie sehr die deutschen Kolonialmethoden der Folgezeit die Weiterentwicklung moderner imperialistischer Herrschaftstechnik reflektierten, hat Helmut Bley in seiner gerade erschienen Studie über die deutsche Kolonialherrschaft in Südwestafrika nachgewiesen.
Im Gegensatz zu Ostafrika herrschte in Südwestafrika der Typ des in die vorkapitalistische Viehwirtschaft der Afrikaner gewaltsam eindringenden "Siedlers" vor. Zwar nahm die Exploitation des Bodens (Bergbau, Diamanten usw.) im Verlauf der Kolonialpolitik beträchtliche Ausmaße an; im Vordergrund standen jedoch die Bedürfnisse einer in die Hände von Europäern übergehenden Viehwirtschaft, die nicht einmal die Bildung von Reservaten für die ansässigen Afrikaner duldete.
In Südwestafrika hatte die deutsche Kolonialverwaltung ein ausgeprägtes Eigengewicht. Sie war -im Gegensatz zu Ostafrika- auf "penetration pacifique" eingestellt, ohne jedoch das ihr zugrundeliegende Dilemma, die fortschreitende Beseitigung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der ansässigen Afrikaner, aufhaltenden zu können. Letztlich war die "Domestikation" der Afrikaner gerade hier ohne Chance; die deutschen Siedlerverbände forderten mit Nachdruck auch hier, die afrikanischen Stämme zu enteignen und in ein "farbiges", auf ihren Farmen zur Zwangsarbeit verpflichtetes, "Proelatriat" zu verwandeln.
In den Jahren 1903/04 erreichten die Bodenspekulationen der deutschen Sied-

lergesellschaften eine noch nie dagewesene Intensität. Damit war das soziale Gleichgewicht, das sich nur langsam zugunsten der Deutschen verlagerte, abrupt gestört. Diese hatten die kulturelle Krise der Herero, die sich von den verheerenden Folgen der Rinderpest des Jahrs 1897 und den darauffolgenden verschärften Expropriationen nicht mehr erholt hatten, gründlich mißdeutet. Ohne daß sie es merkten, reifte bei den Herero im Jahr 1903 der Entschluß heran, der fortschreitenden sozialen und ökonomischen Diskriminierung durch einen Aufstand zu begegnen.

Die Reichsregierung entschloß sich -entgegen den Vorschlägen des deutschen Gouverneurs, Leutwein- zu sofortiger "Truppenhilfe". Man hatte es nicht mehr nötig, eine lange Propagandakampagne zu entfachen. Die Oberleitung der Operationen ging sofort an den Generalstabschef der Armee, Schlieffen, über. So war von vornherein die Entscheidung gefällt, die Aufstandsbewegung in einen Kolonialkrieg sich ausweiten zu lassen. Hinzu kam, daß die Erhebung der Herero in den folgenden Monaten deutlich an organisatorischer Kraft gewann.

Der frühere Kommandeur der ostafrikanischen Schutztruppe, General von Trotha, der die Praxis kolonialistischer Aufstandsbekämpfung aus nächster Nähe kannte, 1896 den Wahehe-Aufstand niedergeschlagen hatte und danach zur Bekämpfung der Boxerunruhen gewesen war, wurde zum Kommandeur der deutschen Expeditionsarmee ernannt. Trotha war der rechte Mann, um eine von Rücksichten auf die internationale Lage nicht getrübte Kolonialpolitik "des Schwertes" zu inszenieren. Wollte es doch der deutschen Öffentlichkeit gar nicht gefallen, daß ihr jetzt ablaufender "kleiner Krieg" dem "großen Konkurrenz", dem russisch- japanischen Krieg, so gar nicht gewachsen war. (107)

In der ersten Kampfphase fügten die Aufständischen der deutschen Schutztruppe, die zunächst nur um 800 Mann aus Deutschland hatten verstärkt werden können, erhebliche Verluste zu. "Die Versuche, die Hauptgruppen der Herero im Kampf zu schlagen, scheiterten in der Regel schon dadurch, daß die deutschen Truppen beim Anmarsch angegriffen, häufig sogar umklammert wurden und in verlustreichen Gefechten nicht selten von Vernichtung bedroht waren oder sich zurückziehen mußten." (190)

Schließlich gelang es, die Herero zu zwingen, sich, angewiesen auf die Wasserquellen, am Waterberg festzusetzen und eine Entscheidungsschlacht zu wagen. Von Trotha versuchte eine Kesselschlacht. "Den Herero gelang zwar der Durchbruch, der Fluchtweg wie aber in die wasserlose Omaheke. Die deutsche Verfolgung war darauf angelegt, daß die Hererokrieger und - Familien in dieser Wüstensteppe umkamen. Wenn auch die totale Vernichtung mißlang...,so war das Ergebnis der Kriegführung sowie der Kriegsgefangenenbehandlung, daß von geschätzten 60 - 80vooo Herero 1906 nur noch 16ooo lebten und damit zwischen 75 und 80 % der Herero umgekommen waren." (191)

Was Bley hier vorsichtig umschreibt, war systematisierter Genozid. In dem anschließenden Feldzug gegen den Stamm der Nama wurden noch einmal 5o Prozent umgebracht. Soweit Gefangene gemacht wurden, wurde die "Behandlung" in ~~der~~ Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeitslagern fortgesetzt: nach einer offiziellen Statistik kamen in den Kriegsgefangenenlagern auf der Haifischinsel vor Lüderitzbucht und in den Küstenlagern von Swakopmund von 15ooo Herero und 2ooo Nama noch einmal 77oo um; das sind mehr als 45 Prozent.(110) Zu dem neuen System gehörten schließlich auch noch "search and destroy"- Streifzüge gegen die fortdauernden Guerillaaktionen im Namaland, die sich über Jahre hinaus hinzogen.

Von Trotha wurde also die von Wissmann begonnene Politik der Ausrottung intensiviert. Das widersprach übrigens ~~durchaus~~ teilweise ökonomischen Interessen: als sich die deutsche Kolonialherrschaft endgültig etablierte und unbehindert mit der Expolitation der vorgefundenen Ressourcen beginnen konnte, war sie darauf angewiesen, aus benachbarten Dominien Arbeitskräfte anzuwerben, da die Nama und Herero praktisch ausgerottet waren.

Folglich folgte Trotha ~~ausschließlich~~ so gut wie ausschließlich militärischen Vorstellungen. Da man an ein Arrangement mit den Aufständischen (z.B. Angebot von Reservaten) nicht dachte, mußte den bekämpften Stämmen die Möglichkeit genommen werden, daß sie "nach einer Serie von Rückzugsgefechten und nach dem Verzicht auf die präventive Flucht aus den von Deutschland kontrollierten Gebieten" zum Guerillakrieg übergehen konnten. (202)(111) Folglich blieb nur noch der Völkermord. Welche Brutalisierung damit einherging, und wie selbstbewußt sich gerade deshalb ~~xxxx~~ der deutschex Generalstab ~~sich~~ seines Siegs erfreute, zeigt das Generalstabswerk über den Hererokrieg:

"Diese kühne Unternehmung zeigt die rücksichtslose Energie der deutschen Führung bei der Verfolgung des geschlagenen Feindes in glänzendem Lichte Keine Mühen, keine Entbehrungen wurden gescheut, um dem Feinde den letzten Rest seiner Widerstandskraft zu rauben; wie ein halb zu Tode gehetztes Wild war er von Wasserstelle zu Wasserstelle gescheucht, bis er ~~schließlich~~ willenlos ein Opfer der Natur seines eigenen Landes wurde. Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: die Vernichtung des Hererovolkes." (203)(112)

Dieses Zitat spricht für sich. Wer die Bandenbekämpfungsberichte des deutschen Generalstabs und der SS aus dem zweiten Weltkrieg gelesen hat, erschrickt vor der völligen Identität der exekutierten Praxis. Es wäre eine Spezialuntersuchung wert, nachzuweisen, wie sehr der "introvertierte" Kolonialismus der deutschen Wehrmacht und des Nationalsozialismus in Osteuropa der wahrhaft "christlichen" Tradition der deutschen Kolonialpolitik entspricht.

Die Militärdiktatur Trothas dauerte ein Jahr; dann zwang die ökonomische Notwendigkeit, aus den Resten der unterworfenen Stämme eine Zwangsarbeiterschicht zu machen. Wer es aber vorher wagte, in die "befriedeten" Ge-

biete zurückzukehren, dem ging es, laut Erlaß von Trotha, folgendermaßen:
"Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen. Das sind meine Worte an das Volk der Herero. Der große General des mächtigen deutschen Kaisers." 113)

Epilog

Die historischen Fakten zeigen ~~Wir haben dargetan~~, daß jeder, der glaubt, wir hätten uns ~~beim Versuch, das Wißmanndenkmal umzustürzen~~ "wegen versuchter Sachbeschädigung... strafbar gemacht" und "versucht, das Wißmann- Denkmal umzuwerfen und dadurch die äußere Erscheinung einer Sache derart zu verletzen, daß ihre Brauchbarkeit zu ihrem bestimmungsgemäßen Zweck beeinträchtigt" würde, einen "bestimmungsgemäßen Zweck" 114) schützen will, der darauf abzielt, Völkermord zu verherrlichen. Noch mehr: er stützt sich dabei auf Gesetze, die in der Ära des kolonialen Völkermords begangen worden sind.
Wenn die Staatsanwaltschaft klug ist, wird sie das Verfahren "wegen Geringfügigkeit" niederschlagen; inzwischen wurde ja auch das Denkmal Wissmanns und des Schutztrupp-Offiziers Dominik, eines berüchtigten Schlächters, auf einen Beschluß des Hamburger Studentenparlaments hin entfernt. Wir hoffen aber, daß die Staatsanwaltschaft auch jetzt die ihr gebührende Standfestigkeit bei den Prozeß Haltung wiederfindet.
Aber uns geht es nicht nur darum, einen angesichts der gegenwärtigen internationalen Situation selbst für die herrschende Klasse anachronistischen Zustand zu beseitigen. Wir müssen darauf hinweisen, daß eine gewisse Fraktion der westdeutschen Bourgeoisie sich inzwischen in den letzten Kolonien Afrikas, die noch nicht in die aktuelle koloniale Ausbeutungspraxis übergeführt worden sind, sehr häuslich niedergelassen haben. Krupp hat inzwischen mehr als 500 Millionen DM in der portugiesischen Kolonie Angola investiert. 115) Den angolesischen Kaffeemarkt beherrscht ein gewisser Herr von Ahlefeldt. 116) Der kleinbürgerliche Chauvinist Gerstenmaier präsidiert unangefochten der "Deutschen Afrika Gesellschaft", einer Vereinigung, die den kollektiven Kolonialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat. 117) Die Springerzeitung "Die Welt" hat die Frechheit, folgendes über den deutschen Kolonialismus zu schreiben:" Die Deutschen waren gute Leute...Sie waren streng, die Deutschen, aber sie waren gerecht, so wie ein Vater ist, und sie waren gute Soldaten, die besten Soldaten der Welt. Vielleicht werden sie einmal wiederkommen, dann wird wieder alles so gut werden wie früher." (M.17) 118) Wenn nicht alles trügt, sind "die besten Soldaten der Welt" bald wieder da. Herr Jäger von der CSU erklärte vor nicht ganz 14 Tagen, die portugiesischen Soldaten, die die antikoloniale Revolution in den portugieisischen Kolonien unterdrücken,

seien "nicht nur Soldaten Portugals, sondern auch Soldaten Europas."[119] (FR) Bekanntlich kämpfen diese Soldaten Europas vor allem mit westdeutschen Waffen...(A.)[120]